

LTW 4neu LTW-Programm - WELTOFFEN

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 1. Landtagswahlprogramm

3. WELTOFFEN

Demokratie bietet uns die Freiheit, selbstbestimmt zu leben und in Verantwortung mit anderen, das friedliche Zusammenleben in unserem Land zu gestalten. Sie bedeutet nicht nur die Herrschaft der Mehrheit über eine Minderheit - vielmehr misst sich die Qualität einer Demokratie daran, WIE sie mit ihren Minderheiten umgeht. In einer Demokratie zu leben, ist ein Privileg und keine Selbstverständlichkeit. Sie wurde von vielen Menschen hart erkämpft und kann auch wieder verloren gehen.

Wir GRÜNE stehen deshalb für diese offene Gesellschaft ein und verteidigen die Grundwerte von Freiheit und Humanität, wo immer sie – offen oder verdeckt – in Frage gestellt oder gar bekämpft werden. Wir stellen uns gegen die zunehmende Verrohung in der politischen Auseinandersetzung und vor diejenigen, die in diesen Tagen Anfeindungen, Rassismus und Gewalt ausgesetzt sind.

Wir GRÜNE stehen für einen handlungsfähigen Staat, der die Regeln für das Zusammenleben schafft und unsere Demokratie schützt. Dazu brauchen wir intakte Institutionen der Gesetzgebung, der Verwaltung und der Rechtsprechung - sie müssen für alle offen und transparent sein. Wir alle, ob Parteien, Institutionen oder die Zivilgesellschaft, sind gefragt, uns einzumischen, mitzugestalten und kompromiss- und lernfähig zu bleiben.

Bedingung für die offene Gesellschaft ist die freiheitlich-demokratische Grundordnung, Glaubens- und Gewissensfreiheit gehören dazu. In unserem Land gelten Toleranz und Gleichberechtigung, Gewaltenteilung und Gewaltverzicht. So erwarten wir von allen Menschen auch in Schleswig-Holstein – von denen, die hier geboren sind, und jenen, die zu uns kommen – dass sie unsere Regeln akzeptieren und leben.

Wir GRÜNE stehen für diese offene Gesellschaft ein und für einen handlungsfähigen Staat, der die Regeln für das Zusammenleben schafft und unsere Demokratie schützt. Dazu brauchen wir intakte Institutionen der Gesetzgebung, der Verwaltung und der Rechtsprechung - sie müssen für alle offen und transparent sein. Die Bürger*innen sind gefragt, sich einzumischen und bei allen aushandelbaren Entscheidungsprozessen lernfähig bleiben – bis hin zu Kompromissen in politischer Mitverantwortung. Das ist anstrengend und herausfordernd.

Unsere Offenheit hat aber auch klare Grenzen: wenn die Grundwerte von Freiheit und Humanität – offen oder verdeckt – in Frage gestellt oder gar bekämpft werden, wenn soziale Ängste geschürt oder dumpfe Instinkte einer völkischen Selbstbehauptung für antidemokratische Ziele missbraucht werden. Das Gespenst des Nationalismus und Rassismus bedroht – menscheinfeindlich und brandgefährlich - vor allem anders Denkende, anders Aussehende oder anders Sprechende . Die zunehmende Brutalisierung der politischen Auseinandersetzung und die Gewalt vor allem gegen Minderheiten in unserem Land bestürzen uns. Wir werden dem auch weiterhin entschieden entgegentreten.

43 Wir GRÜNE sind eine Partei, die sich gegen jede Form von Gewaltherrschaft und
44 Unterdrückung wendet. Der Widerstand gegen Antisemitismus, Rassismus und
45 Fremdenfeindlichkeit liegt in unseren politischen Genen. Die offene Gesellschaft
46 ist kein Naturgesetz, sie wurde von vielen Menschen hart erkämpft und kann wieder
47 verloren gehen. Umso größer ist unser Engagement für den offenen Austausch von
48 Ideen und Lebenseinstellungen – über alle Grenzen hinweg. Wir sind als Schleswig-
49 Holsteiner*innen in Deutschland, in Europa und der Welt zu Hause.

50 Europa / Unsere Zukunft liegt in einem geeinten Europa. Die EU
51 soll demokratischer und sozial werden

52 Unsere Zukunft in einem demokratischen und sozialen Europa

53 Wir Schleswig-Holsteiner*innen erfahren seit langem, dass unsere Zukunft in Europa
54 liegt. Als Tor zu Nordeuropa und als "Land der Minderheiten" profitieren wir von
55 einem geeinten Europa mit freizügigen Grenzen für Handel und Wandel. Wir GRÜNE
56 stehen dafür ein – manches Mal leidenschaftlich.

57 Das Zusammenwachsen der Europäischen Union in Europa ist ein laufender Prozess und
58 hat wesentlich zum jahrzehntelangen Frieden in den Ländern beigetragen. Doch dieser
59 Frieden ist gefährdet. Militärische Konflikte in angrenzenden Regionen sorgen
60 momentan auch für Spannungen innerhalb der EU. Alte und neue Blockbildungen lassen
61 das Sicherheitsgefüge bröckeln, militärische Präsenzen haben sich verstärkt,
62 wirtschaftliche und politische Sanktionen sind wieder zum Mittel der Politik
63 geworden. Wir sehen die Notwendigkeit für verbale Abrüstung zwischen den
64 Konfliktparteien, zu Verhandlungs- und Dialogbereitschaft. Bestehende Kontakte zu
65 zivilgesellschaftlichen Gruppen und regionalen Parlamenten im Ostseeraum wollen wir
66 stärken und ausbauen und so einen Beitrag zur Verständigung leisten.

67 Die Europäische Integration wird – nicht erst seit dem Austrittsreferendum der
68 Briten – in Frage gestellt. Die heute offen zu Tage tretenden Fliehkräfte kommen
69 nicht von ungefähr: Über Jahrzehnte hinweg wurde europäische Politik von etlichen
70 Politiker*innen in Bund, Ländern und Kommunen für vieles verantwortlich gemacht,
71 was hierzulande nicht rund lief. So haben sich Ressentiment aufgebaut, die weit
72 über ein häufig berechtigtes Unbehagen gegenüber der EU-Bürokratie hinausgehen. Für
73 uns geht es in der Europäischen Union nicht in erster Linie um offene Märkte. Wir
74 profitieren zwar alle vom Binnenmarkt, doch ist das Projekt der europäischen
75 Einigung entschieden mehr als das. Die Europäische Union ist für uns immer auch ein
76 kultur- und sozialpolitisches Projekt, das den Menschen Frieden, Freizügigkeit und
77 Wohlstand gebracht hat und zukünftig bringen soll. Europa steht sinnbildlich für
78 eine offene, humanitäre und tolerante Gemeinschaft über innere wie äußere Grenzen
79 hinweg: Wir GRÜNE werden die Errungenschaften der Europäischen Integration auch
80 weiterhin mit Herzblut verteidigen. Unsere Leitlinie ist dabei, die Europäische
81 Union transparenter, demokratischer und sozialer zu gestalten. Dazu brauchen wir
82 eine europäische Öffentlichkeit, eine europäische Debatte, eine europäische Kultur
83 des Dialogs und der Verbindlichkeit.

84 Schleswig-Holsteins Rolle als Brückenbauer im Ostseeraum

85 Durch die Arbeit unseres Landes im Ostseeraum sind viele zivilgesellschaftliche
86 Bündnisse, kommunale Partnerschaften und parlamentarische Kooperationen entstanden.
87 Diese Arbeit werden wir fortsetzen, besonders jetzt, wo in Europa anti-europäische

88 Kräfte Zulauf haben. Gerade weil wir die aktuelle Entwicklung in Russland mit Sorge
89 begleiten, werden wir den Dialog mit Russland über die Ostseearbeit fortsetzen und
90 in osteopolitischen Konferenzen Menschenrechtsfragen stärker thematisieren. Unser
91 neuer Beobachterstatus im Nordischen Rat stärkt Schleswig-Holstein als südlichsten
92 Teil Skandinaviens. Wir verstehen unsere Rolle als Brückenbauer im Friedensraum
93 Ostsee.

94 Europäische Zivilgesellschaft und das EU-Parlament stärken

95 Was heißt es für uns GRÜNE konkret, die Europäische Union demokratischer zu
96 gestalten? Uns geht es darum, dem Europäischen Parlament mehr Rechte gegenüber der
97 Kommission und dem Ministerrat zu geben. Wir werden aus Schleswig-Holstein heraus
98 die Möglichkeiten einer frühzeitigen Beteiligung an der europäischen Gesetzgebung
99 nutzen. Die Einflussmöglichkeiten der europäischen Zivilgesellschaft wollen wir
100 ausbauen, so dass eine noch wirksamere europäische Öffentlichkeit entsteht.
101 Entschlossen stellen wir uns denjenigen entgegen, die zurück auf die nationale
102 Scholle wollen. Freiheit von Gentechnik auf Acker und Teller, faire internationale
103 Handelsabkommen, Wasser als öffentliches Gut – Europas Bürger*innen zeigen seit
104 vielen Jahren, dass sie es verstehen, erfolgreich an der Weiterentwicklung der EU
105 mitzuwirken. Diese Beteiligung werden wir ausbauen und zivilgesellschaftliche
106 Initiativen weiterhin unterstützen.

107
108 Für eine gerechte Unternehmensbesteuerung und eine Finanztransaktionssteuer
109 Die Verhinderung von Steuerflucht lässt sich längst nicht mehr allein auf
110 nationaler Ebene lösen. Wir brauchen ein europaweit einheitliches Vorgehen nach
111 einem klaren Regelwerk sowie eine verstärkte internationale Zusammenarbeit. Unser
112 Ziel bleibt eine gerechte Unternehmensbesteuerung. Eine Finanztransaktionssteuer
113 kann als Instrument der Krisenprävention zur Stabilität der Finanzmärkte
114 beitragen.

115 Europäische Bildungs- und Kulturarbeit unterstützen

116 Gemeinsame Bildungs- und Kulturarbeit kann dazu beitragen, einen
117 grenzüberschreitenden Kulturraum zu fördern. Gerade um der jungen Generation eine
118 bestmögliche und grenzüberschreitende Zukunft zu ermöglichen, wollen wir unsere
119 Bildungslandschaft europäisieren. Wir werden deshalb Projekte an unseren
120 Europaschulen, europäische Kulturprojekte und Austauschprogramme ausbauen. Nachdem
121 die Universität Flensburg auch durch grüne Unterstützung zu einer Europauniversität
122 geworden ist, werden wir sie in ihrem europäischen Forschungsschwerpunkt weiterhin
123 unterstützen. Mit den Mitteln des Erasmusprogramms wollen wir noch mehr Jugendliche
124 und junge Menschen aller Ausbildungsgänge und Berufsgruppen aus Schleswig Holstein
125 Europa erleben lassen.

126 Mit Dänemark zusammenarbeiten

127 Dänemark ist für uns in Schleswig-Holstein der wichtigste europäische Partner. Wir
128 haben einen gemeinsamen Grenzraum, viele Handelsbeziehungen und verfolgen zusammen
129 eine erfolgreiche Minderheitenpolitik. Die Zusammenarbeit der deutsch-dänischen
130 Grenzregion gilt als europäisches Erfolgsprojekt. Sowohl durch die Asylpolitik, als
131 auch durch die Wiedereinführung von Grenzkontrollen durch die dänische Seite hat
132 unser ansonsten gutes Verhältnis jedoch stark gelitten. Wir werden uns in Dänemark
133 mit allen pro-europäischen Kräften vernetzen und uns mit ihnen gemeinsam für eine
134 offene Gesellschaft engagieren. Wir lehnen neue Schlagbäume und Grenzkontrollen zu
135 Dänemark auch weiterhin entschieden ab. Den grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt, den

136 ÖPNV sowie die Zusammenarbeit in Wirtschaft, Kultur, Wissenschaft und
 137 Gesundheitswesen wollen wir weiter voranbringen.

138 Europas Regionen stärken Europa

139 Die Möglichkeiten der Nationalstaaten, im Alleingang nachhaltige Lösungen auf
 140 zunehmend globalisierte Probleme zu entwickeln, sind begrenzt. Die Zukunft liegt im
 141 Zusammenspiel der Regionen, Kommunen und Nationalstaaten mit dem Europäischen
 142 Parlament und den europäischen Institutionen. Deshalb werden wir die
 143 Landesvertretung in Brüssel stärken und die Mitarbeit im Ausschuss der Regionen
 144 intensivieren. Wir nehmen die Herausforderung mit einer zielstrebigem
 145 Landesaußenpolitik an. Klimawandel, eine humane Flüchtlingspolitik sowie
 146 Wirtschafts- und Währungs politik sind durch nationale Abschottung nicht zu lösen.
 147 Wir GRÜNE stehen bedingungslos für grenzüberschreitende Kooperationen. Wir werden
 148 uns noch mehr mit anderen Regionen in allen Teilen Europas austauschen und
 149 vernetzen, um gemeinsame Ziele umzusetzen.

150 Die Kommunen fit für Europa machen

151 Unsere Kommunen müssen an vielen Stellen europäisches Recht umsetzen. Zudem ist die
 152 Beantragung europäischer Mittel oftmals herausfordernd. Deshalb ist es wichtig,
 153 dass das Land den Kommunen sein Expertenwissen zur Verfügung stellt und auch
 154 weiterhin bei der Antragstellung hilft. Bei der Anwerbung und dem Einsatz
 155 europäischer Fördermittel werden wir wie bisher auf hohe Wirksamkeit für Klima,
 156 soziale Gerechtigkeit, Innovation und Umwelt setzen.

157 Schleswig Holstein als Vorbildregion für Nationale Minderheiten ausbauen

158 Wir GRÜNE wollen ein grenzenloses Europa, in dem Nationale Minderheiten
 159 gleichberechtigt mit der Mehrheitsbevölkerung in ihrer gemeinsamen Heimat leben.
 160 Schleswig-Holstein ist dafür Vorbild. Nachdem der Minderheitenbereich bei Schwarz-
 161 Gelb starke Kürzungen hinnehmen musste, haben wir ihn wieder stärker gefördert und
 162 den Schutz für Sinti und Roma in die Landesverfassung aufgenommen. Unsere
 163 Minderheiten sind ein Gewinn für uns alle. Es ist deshalb unsere gemeinsame
 164 Aufgabe, sie bei ihrer Arbeit zu unterstützen. So haben wir die
 165 Minderheitenverbände auch finanziell gestärkt. Unser Ziel ist es, dass die Mittel
 166 zukünftig verstärkt für Projekte von jungen Menschen in den Minderheiten zum Tragen
 167 kommen.

168 Wir setzen uns auf allen Ebenen dafür ein, dass mehr Menschen, die binational oder
 169 als Teil von Minderheiten aufgewachsen sind, die doppelte Staatsbürgerschaft
 170 bekommen können.

171 Wir werden uns auf europäischer Ebene auch weiterhin dafür einsetzen, dass
 172 Minderheitenbelange noch stärker im EU-Vertragswerk und den Grundrechten
 173 berücksichtigt werden.

174 Minderheiten und Regionalsprachen machen unser Land bunt

175 Ein zentrales Element unserer Minderheitenpolitik ist die Sprachenpolitik. Unsere
 176 Minderheiten- und Regionalsprachen sollen geschützt und durch
 177 Sprachunterrichtsangebote in den Schulen und Kitas aktiv gelebt werden. Wir haben
 178 daher auch ein Gesetz zur Stärkung der Minderheitensprachen beschlossen. Mit einem
 179 Handlungsplan Sprachenpolitik hat sich die Landesregierung in dieser Legislatur der
 180 Sprachen Dänisch, Friesisch, Roma und unserer Regionalsprache Niederdeutsch

181 angenommen. Bestehende Institutionen zur Förderung von Sprachenvielfalt wollen wir
182 erhalten und in den kommenden Jahren dafür sorgen, dass Minderheiten auch bei
183 Behördenkontakt ihre eigenen Sprachen anwenden können und Minderheitensprachen in
184 der Öffentlichkeit noch sichtbarer werden.

185 Schleswig-Holstein übernimmt Verantwortung für die "Eine Welt"

186 Globale und regionale Entwicklungen sind eng miteinander verschränkt. Unser
187 Konsumverhalten und Lebensstil wirken sich in anderen Teilen der Welt aus. Der
188 Kampf für Frieden, gegen Hunger und Armut, für das Recht auf Bildung, die
189 Eindämmung der Folgen des Klimawandels und die Förderung einer nachhaltigen
190 Entwicklung überall auf der Welt sind Teil unserer globalen Verantwortung. Ihr
191 wollen wir vor Ort gerecht werden. Ob Klimawandel und Küstenschutz, Flüchtlinge
192 oder Konsum: Globale Entwicklungen holen uns zuhause ein. GRÜNE Landespolitik
193 wirkt: ob im Beschaffungswesen, in der Energiepolitik, in der Landwirtschafts- oder
194 Fischereipolitik. Wir streben einen ressortunabhängigen Nachhaltigkeits-Check für
195 alle Gesetze, Bundesratsinitiativen und Verfügungen des Landes an. Um das
196 abzusichern, werden wir die globalen Nachhaltigkeitsziele der UN (Sustainable
197 Development Goals, SDG) in den Strategien des Landes verankern. Dazu werden wir die
198 Erarbeitung entwicklungspolitischer Leitlinien für Schleswig-Holstein im Landtag
199 fortsetzen, Vorschläge dafür wurden bereits in einem gemeinsamen Projekt mit dem
200 "Bündnis Eine Welt" entwickelt.

201 Wir wollen die erfolgreichen Kooperations-Projekte und die Zusammenarbeit mit
202 Institutionen wie dem "Bündnis Eine Welt" und dem Landesnetzwerk der
203 Entwicklungszusammenarbeit sowie die vielen Städtepartnerschaften,
204 Schulpartnerschaften und Verbände- und Wirtschaftspartnerschaften ausbauen. Das
205 erfolgreiche PromotorInnen-Programm soll weiter geführt, die Kofinanzierung aus
206 Landesmitteln weiter gewährleistet werden. Um in der Partnerschaftsarbeit noch
207 breiter aufgestellt zu sein, steht die Gründung von fairen
208 Wirtschaftspartnerschaften aus Schleswig-Holsteins mit Entwicklungsregionen an.

209 Ja zu weltweiten Handelskooperationen - Nein zu CETA, TTIP und TiSA

210 Kollidierender Änderungsantrag: [Änderungsantrag zu LTW 4: LTW-Programm - WELTOFFEN](#)

211 Ja zu weltweiten Handelskooperationen - Nein zu CETA, TTIP und TISA

212 Im Land zwischen den Meeren wissen wir seit Jahrhunderten: Internationaler
213 Austausch von Ideen und Waren kann die Welt besser machen. Das ist kein
214 Selbstgänger. Wir stehen für faire Handelsbeziehungen. Sie sollten möglichst
215 multilateral zwischen allen Staaten, unter Beteiligung internationaler
216 Organisationen, wie der UN vereinbart und weiter entwickelt werden. Bei bilateralen
217 Handelsabkommen, etwa zwischen den USA und Europa, ist ein transparentes und
218 demokratisches Verfahren vom Beginn bis zum Abschluss der Verhandlungen
219 unabdingbar. Dazu gehört die Beteiligung eines gestärkten europäischen Parlamentes
220 und der Parlamente der Mitgliedsländer.

221 Handelsabkommen, die soziale und ökologische Standards abbauen oder zukünftig gar
222 verhindern, die Arbeitnehmerrechte gefährden, wird es mit uns nicht geben. Das gilt
223 auch für die Sicherung der Zuständigkeit für alle Bereiche der Daseinsvorsorge in
224 kommunaler und regionaler Hand. Die Schaffung von Investoren-Staatenschutzabkommen
225 – Konzerne können demokratische Staaten vor privaten Gerichten verklagen – werden
226 wir abwehren. Die Sonderklagerechte für Konzerne lehnen wir grundsätzlich ab. Diese
227 Form des Investor*innenschutzes schwächt unsere mittelständische Wirtschaft und

228 schränkt die Souveränität unserer Kommunen und Länder ein. Die sehr kostspieligen
 229 Prozesse könnten sich nur Großkonzerne leisten. Trotz kleiner Verbesserungen im
 230 Handelsabkommen zwischen der EU und Kanada erfüllt das CETA-Abkommen unsere
 231 Kriterien für ein faires Handelsabkommen nicht. Wir unterstützen die
 232 Volksinitiative "Schleswig-Holstein stoppt CETA", die unsere Landesregierung
 233 auffordert, dieses schädliche Handelsabkommen im Bundesrat abzulehnen. Eine
 234 Landesregierung, an der wir beteiligt sind, wird CETA im Bundesrat nicht zustimmen
 235 können.

236 Kollidierender Änderungsantrag: [LTW 4.67: LTW-Programm - WELTOFFEN](#)

237 Handelsabkommen, die soziale und ökologische Standards abbauen oder zukünftig gar
 238 verhindern, die Arbeitnehmerrechte gefährden, wird es mit uns nicht geben. Das gilt
 239 auch für die Sicherung der Zuständigkeit für alle Bereiche der Daseinsvorsorge in
 240 kommunaler und regionaler Hand. Der Schaffung von Investoren-Staatenschutzabkommen
 241 – Konzerne können Staaten vor privaten Gerichten verklagen – werden wir abwehren.
 242 Die Sonderklagerechte für Konzerne lehnen wir grundsätzlich ab. Wir streiten dafür,
 243 dass suprastaatliche öffentliche Gerichte für Klagen gegen Staaten unter dem
 244 Gesichtspunkt des Investitionsschutzes eingerichtet werden. Trotz kleiner
 245 Verbesserungen im Handelsabkommen zwischen der EU und Kanada erfüllt das CETA-
 246 Abkommen unsere Kriterien für ein faires Handelsabkommen nicht.

247 Die Entwicklung von Wirtschaftspartnerschaften auf Augenhöhe mit anderen Regionen
 248 weltweit ist für Unternehmen und Bürger*innen ein wichtiger Baustein. Wir GRÜNE
 249 streben in Schleswig-Holstein solche Netzwerke auch mit Staaten und Regionen in den
 250 USA und Kanada an und wollen die Außenwirtschaftsstrategie unserer
 251 Wirtschaftsfördereinrichtung WTSH um diese Punkte ergänzen. Auch an diese
 252 Kooperationsabkommen werden wir den Anspruch legen, nicht hinter unsere sozialen
 253 und ökologischen Standards zurückzufallen und Arbeitnehmer*innenrechte keinesfalls
 254 zu verschlechtern.

255 Auf den Punkt

- 256 • Wir werden Europa demokratischer und sozial gestalten,
- 257 • Brückenbauer zwischen Zentral- und Nordeuropa sein,
- 258 • Europäische Bildungs- und Kulturarbeit stärken,
- 259 • mit progressiven Parteien und Organisationen in Dänemark kooperieren,
- 260 • uns weiterhin gegen Grenzkontrollen nach Dänemark stark machen

261 Kollidierender Änderungsantrag: [LTW 4.120: LTW-Programm - WELTOFFEN](#)

- 262 • auch weiterhin Nein zu neuen Schlagbäumen und Grenzkontrollen sagen,
- 263 • Schleswig-Holsteins Vorreiterrolle für Nationale Minderheiten ausbauen,
- 264 • Faire Wirtschaftspartnerschaften mit Entwicklungsländern eingehen,
- 265 • Nein sagen zu CETA, TTIP und TiSA, aber Kooperationsabkommen mit hohen
 266 Verbraucher*innen und Arbeitnehmer*innenstandards unterstützen.

267 Flucht und Asyl / Die Integration gestalten und Menschenrechte
268 verteidigen

269 Wir stehen für eine weltoffene Gesellschaft, die den Menschen Schutz bietet, die
270 unseren Schutz brauchen. Das vergangene Jahr hat Deutschland verändert. Mehr als
271 800.000 Menschen mussten vor Krieg, Verfolgung und aus existenzieller Not aus ihrer
272 Heimat fliehen. Dank der großartigen Hilfsbereitschaft tausender Schleswig-
273 Holsteiner*innen aber auch einer engagierten Flüchtlingspolitik durch die Kommunen
274 und das Land, konnten allein in unserem Bundesland 35.000 Menschen Zuflucht finden.
275 Nun gilt es, in die Integration, in Sprachkurse, Bildung und Ausbildung und den
276 Zugang zu Arbeit zu intensivieren, damit zu uns geflüchtete Menschen ein
277 selbstbestimmtes Leben führen können.

278 Deutschland und Europa müssen aber auch die Fluchtursachen bekämpfen. Wir tragen
279 eine Mitverantwortung für die durch den Klimawandel ausgelösten Dürren und die
280 Wüstenbildungen, für die Verarmung und Vertreibung von Kleinbauern, weil wir eine
281 falsche Global-Agrarpolitik machen. Eine Sicherheits-, Friedens- und Außenpolitik,
282 die nicht auch Agrar-, Energie- und Handelsaußenpolitik ist, kann nicht gelingen.

283 Wir setzen uns für eine europäische Flucht- und Asylpolitik ein. Die europäische
284 Außengrenze darf keine Todeslinie werden. Wir setzen auf eine europäische humane
285 und menschenrechtsbasierte

286 Asylpolitik von der Aufnahme bis hin zum Grenzschutzsystem. Wir drängen auf die
287 Schaffung sicherer und legaler Fluchtwege. So setzen wir auf das Resettlement-
288 Programm des UNHCR, das die Umsiedlung besonders gefährdeter Geflüchtete
289 organisiert und sie mit dauerhaften Aufenthaltserlaubnissen ausstattet. Von
290 zentraler Bedeutung ist für uns der geregelte Familiennachzug. Wir werden um Rahmen
291 der rechtlichen Möglichkeiten einen erweiterten Familiennachzug aus EU- und
292 Drittländern auch über Kontingente zeitnah möglich machen. Entsprechende
293 Initiativen von Kommunen Kontingente aufzunehmen, unterstützen wir.

294 Wir GRÜNE bekennen uns ausdrücklich zur Aufnahme und Integration von Flüchtlingen.
295 Um für kommende Herausforderungen gewappnet zu sein, braucht es Strukturen, die
296 flexibel genutzt werden können, wenn die Zugangszahlen wieder steigen oder stark
297 zurückgehen. Wir GRÜNE sehen in der Zuwanderung sowohl eine Bereicherung, die zu
298 einer Herausforderung werden kann, wenn diese nicht gut organisiert ist. Um eine
299 erfolgreiche Zuwanderungsgeschichte schreiben zu können, braucht es die
300 Handreichung aller Seiten.

301 Faire Asylverfahren von Anfang bis Ende

302 Wir finden schnelle Asylverfahren richtig – aber nicht zu Lasten rechtsstaatlicher
303 Standards. Unabhängige, individuelle Verfahrensberatung, Zugang zu qualifizierten
304 Dolmetscher*innen und rechtliche Unterstützung müssen gewährleistet werden. Dabei
305 darf es keine Rolle spielen, aus welchem Land die Geflüchteten kommen. Das Konzept
306 der sicheren Herkunftsstaaten lehnen wir weiterhin ab. Mit unserem Antrag zur
307 Abschaffung des AsylbLG haben wir im Bundesrat keine Mehrheit gefunden, dessen
308 Abschaffung bleibt dennoch unser Ziel.

309 Die Standards des Landes in Unterkünften müssen gehalten und ausgebaut werden.
310 Geflüchtete sollen die Möglichkeit haben sich zu beschweren und gehört zu werden in
311 Form von Geflüchtetenbeiräte in jeder Unterkunft. Individuelle Bedürfnisse von
312 Geflüchteten, zum Beispiel von Frauen und LGBTQI und Kindern, finden dabei

313 Berücksichtigung. Wir halten an der Vereinbarung des Flüchtlingspaktes fest, dass
314 niemand länger als drei Monate in der Erstaufnahme bleiben soll. Getrennte
315 Unterbringung der Geflüchteten nach Bleibeperspektive lehnen wir ab. Die Zeit muss
316 für die vorgelagerte Beratung, Anhörung, Willkommenskurse und ein Profiling genutzt
317 werden. Viele Kommunen in unserem Land haben noch Kapazitäten, um Flüchtlinge
318 aufzunehmen.

319 Wir drängen auf die Schaffung sicherer und legaler Fluchtwege. Von zentraler
320 Bedeutung ist für uns der geregelte Familiennachzug. Wir werden im Rahmen der
321 rechtlichen Möglichkeiten einen erweiterten Familiennachzug aus EU- und
322 Drittländern auch über Kontingente zeitnah möglich machen.

323 Zudem setzen wir auf das Resettlement-Programm des UNHCR, das die Umsiedlung
324 besonders gefährdeter Flüchtlinge organisiert und sie mit dauerhaften
325 Aufenthaltserlaubnissen ausstattet.

326 Einwanderungsgesetz

327

328 Auf Bundesebene fordern wir ein Einwanderungsgesetz. Alle Menschen, die nicht über
329 Asyl oder Resettlement nach Europa kommen, können als Arbeitsmigrant*innen im
330 Rahmen eines neu zu schaffenden Einwanderungsgesetzes einen Antrag stellen. Ihre
331 Aufnahme richtet sich nicht nur nach den wirtschaftlichen oder gesellschaftlichen
332 Bedürfnissen. Auch Menschen, die auf Grund von Armut oder zerstörter Umwelt nach
333 Europa kommen wollen, brauchen die Möglichkeit legaler Zugangswege jenseits des
334 politischen Asyls. Auch für die Menschen, die trotz allem in Deutschland
335 verbleiben, gelten für uns die Menschenrechte. Kein Mensch ist illegal, nur weil er
336 keinen Aufenthaltsstatus hat. Um dies klarzustellen, fordern wir die Abschaffung
337 der Übermittlungspflicht aus §87 des Aufenthaltsgesetzes.

338 Diejenigen, die bei uns kein Asyl bekommen können, sollen in geordneten Verfahren
339 in die Heimatländer rückgeführt werden. Wir lehnen Abschiebungshaft, nächtliche
340 Abschiebungen und Abschiebungen im Winter als inhuman ab. Wir wollen in Schleswig-
341 Holstein keine Ausreisezentren. Wir begrüßen die Arbeit von Initiativen, die sich
342 gegen inhumane Abschiebungen einsetzen. Angesichts der restriktiven Asylpolitik des
343 Bundes fordern wir die Überarbeitung der Kriterien der Härtefallkommission. Wer
344 kein Bleiberecht erhält, soll kompetente und unabhängige Rückkehrberatung in
345 Anspruch nehmen können. Wir werben im Bund und in Europa für sinnvolle Hilfen zum
346 Neuanfang.

347 Kollidierender Änderungsantrag: [LTW 4.113: LTW-Programm - WELTOFFEN](#)

348 Diejenigen, die bei uns kein Asyl bekommen können, sollen in geordneten Verfahren
349 in die Heimatländer rückgeführt werden. Wir lehnen Abschiebungshaft, nächtliche
350 Abschiebungen und Abschiebung im Winter als inhuman ab. Wer kein Bleiberecht
351 erhält, soll kompetente und unabhängige Rückkehrberatung in Anspruch nehmen können.
352 Wir werben im Bund und in Europa für sinnvolle Hilfen zum Neuanfang.

353 Kollidierender Änderungsantrag: [LTW 4.103: LTW-Programm - WELTOFFEN](#)

354 Wir finden, dass eine freiwillige Ausreise der Abschiebung auf Zwang immer
355 vorzuziehen ist. Diejenigen, die kein politisches Asyl bekommen haben und
356 Deutschland wieder verlassen müssen, wollen wir daher bei ihrer Rückkehr beraten
357 und wo möglich auch finanziell unterstützen. Nächtliche Abschiebungen und die
358 Praxis der Abschiebungshaft lehnen wir aus humanitären Gründen ab.

359 Integration nachhaltig organisieren

360 Die Integration der Gesellschaft ist eine der drängendsten Aufgaben dieser Zeit.
361 Sie ist eine Querschnittsaufgabe und findet sich deshalb in allen Abschnitten dieses
362 Programms. Wir setzen uns für gute und qualifizierte Beratungs- und
363 Betreuungsangebote ein und wollen deshalb eine Erweiterung der Angebote. Die
364 Beratungsangebote wie auch die Beratungsstellen selbst müssen finanziell und
365 personell gut ausgestattet sein. Der Bund darf die Länder und Kommunen mit dieser
366 Aufgabe nicht allein lassen. Viele Maßnahmen haben in Schleswig-Holstein bereits
367 gegriffen, einige sind noch ausbaufähig.
368 Es gibt ein breites Angebot an Sprach- und Integrationskursen, jedoch noch lange
369 nicht flächendeckend. Besonders in ländlichen Gebieten fehlt häufig die hierfür
370 erforderliche Infrastruktur, Wartezeiten auf Kursplätze, besonders im Bereich der
371 Alphabetisierung, sind immer noch viel zu lang. Ein besonderes Kursangebot für
372 Frauen mit Kinderbetreuung findet man noch viel zu selten. Arbeitsangebote gibt es
373 mehr und mehr, jedoch noch lange nicht genug. Es gilt nach wie vor, bürokratische
374 Hürden abzubauen und Zu- und Übergänge zu erleichtern. Auch hier sind es leider
375 meist die Frauen, die das Nachsehen haben.
376 Kontakt und Begegnung auf Augenhöhe sind elementar für erfolgreiche Integration.
377 Aus diesem Grund wollen wir Projekte fördern, die Begegnungen und Austausch möglich
378 machen. Auch Peer-to-Peer-Projekte zwischen Geflüchteten, die schon länger in
379 Schleswig-Holstein leben und neue Geflüchtete als Expert*innen in verschiedenen
380 Bereichen gesellschaftlicher und kultureller Integration werden wir fördern. Alles,
381 was der Emanzipation der Geflüchteten dient, ist zu unterstützen.

382 Kollidierender Änderungsantrag: [LTW 4.94: LTW-Programm - WELTOFFEN](#)

383 Die Integration der Geflüchteten ist eine der drängendsten Aufgaben dieser Zeit.
384 Sie ist eine Querschnittsaufgabe und findet sich deshalb in allen Abschnitten dieses
385 Programms. Der Bund darf die Länder und Kommunen mit dieser Aufgabe nicht allein
386 lassen. Viele Maßnahmen haben in Schleswig-Holstein bereits gegriffen. Es gibt ein
387 breites Angebot an Sprach- und Integrationskursen und Arbeitsangeboten. Kontakt und
388 Begegnung auf Augenhöhe sind elementar für erfolgreiche Integration. Aus diesem
389 Grund wollen wir Projekte fördern, die Begegnungen und Austausch möglich machen.
390 Auch Peer-to-Peer-Projekte im Rahmen der Geflüchteten, die schon länger in
391 Schleswig-Holstein leben, neue Geflüchtete als Expert*innen werden wir fördern.
392 Alles, was der Selbstbestimmung von Geflüchteten dient, ist zu unterstützen.

393 Deutsch lernen ist die Basis für eine erfolgreiche Integration. Mit seiner
394 restriktiven und zögerlichen Integrationspolitik legt der Bund den Menschen Steine
395 in den Weg. Die Lücken in der Integrationspolitik des Bundes wollen wir schließen
396 und allen Menschen in Schleswig-Holstein Zugang zu Sprachkursen und
397 Integrationsangeboten von Anfang an ermöglichen – unabhängig von ihrer willkürlich
398 am Herkunftsland festgemachten Bleibeperspektive. Wir fordern vom Bund ein Ende der
399 Diskriminierung aufgrund von Herkunftsländern. Wir wollen Angebote stärker prozess-
400 und an den Menschen orientiert gestalten. Zudem werden wir die Honorare für
401 Lehrer*innen dieser Landeskurse anheben.

402 Kollidierender Änderungsantrag: [LTW 4.110: LTW-Programm - WELTOFFEN](#)

403 Deutsch lernen ist die Basis für eine erfolgreiche Integration. Mit seiner
404 restriktiven und zögerlichen Integrationspolitik legt der Bund den Menschen Steine
405 in den Weg. Die Lücken in der Integrationspolitik des Bundes wollen wir schließen
406 und allen Menschen in Schleswig-Holstein Zugang zu Sprachkursen und

407 Integrationsangeboten von Anfang an ermöglichen. Die Aufteilung von Flüchtlingen
 408 mit guter und mit schlechter Bleibeperspektive entlang von Länderschutquoten, wie
 409 es die große Koalition in diversen Gesetzen manifestiert hat, lehnen wir
 410 entschieden ab. Das Asylrecht ist ein Individualrecht und steht jeder pauschalen
 411 Gruppensortierung entgegen. Außerdem führt diese Politik dazu, dass Schutzsuchende
 412 von Integrationsleistungen ausgeschlossen sind obwohl sie absehbar viele Jahre in
 413 Deutschland leben werden.

414 Wir werden die Kommunen weiterhin mit einer Integrationspauschale unterstützen, die
 415 wir auch für Familienangehörige zahlen wollen. Wir statten die Kommunen so aus,
 416 dass sie diese oder andere Gelder auch tatsächlich für Integrationsaufgaben
 417 verwenden können. Wir wollen, dass die Menschen dort wohnen, wo sie Arbeit und
 418 Integrationsangebote vorfinden. Die Wohnsitzauflage lehnen wir ab, denn sie
 419 beschneidet die Grundrechte der Geflüchteten, kann Integration erschweren und ist
 420 außerdem ein Bürokratiemonster. .

421 Kollidierender Änderungsantrag: [LTW 4.34: LTW-Programm - WELTOFFEN](#)

422 Wir werden die Kommunen weiterhin bei der Integration von Geflüchteten finanziell
 423 unterstützen und das auch bei Familienangehörigen, die dazu kommen. Wir erwarten,
 424 dass die Kommunen dieses Geld tatsächlich für Integrationsaufgaben verwenden und
 425 nicht für die Unterbringungskosten. Wir wollen, dass die Menschen dort wohnen, wo
 426 sie Arbeit und Integrationsangebote vorfinden. Die Wohnsitzauflage sehen wir
 427 kritisch.

428 Abstimmen (da anderslautender KPT-Beschluss):

429 Integrationsministerium

430 Für den nachhaltigen Integrationserfolg werden wir alle Zuständigkeiten in einem
 431 Ministerium bündeln und es auch so benennen. Eine der ersten Aufgaben des
 432 Ministeriums soll die Erarbeitung eines Integrations- und Partizipationsgesetzes
 433 sein, das allen Flüchtlingen Angebote macht.

434 Auch unterhalb der Staatsbürgerschaft wollen wir Zugezogenen Wahlrecht und
 435 Partizipation erkämpfen. Am Ende einer gelungenen Integration kann die deutsche
 436 Staatsbürgerschaft stehen. Das unterstützen wir. Wir halten fest an dem Ziel, dass
 437 auch mehrere Staatsbürgerschaften möglich sein sollen.

438 Zivilgesellschaft und Selbstorganisation von Migrant*innen stärken

439 Ob auf dem Dorf, am Flensburger Bahnhof oder auf dem Nordmarkfeld in Kiel – die
 440 Jahre 2015 und 2016 haben gezeigt, welche großartige Hilfsbereitschaft in uns
 441 steckt. Wir setzen uns weiter ein für eine Stärkung und Einbeziehung der
 442 Migrant*innenselbstorganisationen in die Gesellschaft und die damit verbundenen
 443 politischen Prozesse. Wir wollen das Netz der Migrations-Beratungsstellen weiter
 444 ausbauen und den Landesbeauftragten für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen
 445 weiter stärken. Angesichts der Anzahl der inzwischen bei uns lebenden Flüchtlinge
 446 muss seine Stelle mit weiteren Ressourcen ausgestattet werden.

447 Dialog mit den Religionen

448 Wir setzen uns für ein tolerantes und gleichberechtigtes Miteinander von Gläubigen
 449 und Nichtgläubigen in unserem Land ein. Wir sind uns unserer historischen und
 450 politischen Verantwortung gegenüber den jüdischen Gemeinden in Schleswig-Holstein
 451 bewusst und machen uns stark dafür, dass jüdische Begegnungsräume finanziell und
 452 politisch unterstützt und Synagogen saniert werden. Es darf nicht Religionen erster

453 und zweiter Klasse geben, deshalb muss der Dialog mit Muslim*innen und Alevit*innen
454 ernst genommen werden. Religionsunterricht ist verfassungsrechtlich geschützt.
455 Langfristig soll es zum Abschluss einer Vereinbarung über die Rolle des Islam im
456 Land kommen, ähnlich der Verträge, wie sie etwa für die christlichen Kirchen und
457 Jüdischen Gemeinden bestehen.
458 Langzeitziel ist ein religionsübergreifender gemeinsamer Unterricht, der sachlich
459 über alle Religionen und die gemeinsamen ethischen Grundlagen unserer Kultur
460 informiert.

461 Kollidierender Änderungsantrag: [LTW 4.20: LTW-Programm - WELTOFFEN](#)

462 Wir setzen uns für ein tolerantes und gleichberechtigtes Miteinander von Gläubigen
463 und Nichtgläubigen in unserem Land ein. Es darf nicht Religionen erster und zweiter
464 Klasse geben, deshalb muss der Dialog mit Muslim*innen und Alevit*innen ernst
465 genommen werden.

466 Schutz und Grenzen der Religionsfreiheit

467 Gemäß Art. 4 unseres Grundgesetzes ist die Freiheit des religiösen und
468 weltanschaulichen Bekenntnisses eines jeden Menschen unverletzlich und dessen
469 ungestörte Religionsausübung gewährleistet. Der Staat hat sich nicht nur
470 weltanschaulich-religiös neutral zu verhalten, sondern auch offen und übergreifend,
471 die Glaubensfreiheit für alle Bekenntnisse gleichermaßen zu fördern.

472 Religionsunterricht steht damit ebenfalls unter dem Schutz unserer Verfassung.
473 Dort, wo es bisher keinen konfessionsübergreifenden Religionsunterricht gibt, ist
474 für uns neben dem Unterricht der christlichen Kirchen die Einführung von
475 Islamunterricht durch staatliche Lehrkräfte geboten. Das Grundrecht auf
476 Religionsfreiheit lässt keine unterschiedliche Behandlung von
477 Glaubensgemeinschaften zu. Das gilt auch für den Abschluss etwaiger Staatsverträgen
478 mit Religionsgemeinschaften.

479 Niemand von uns hat den Anspruch, von der Wahrnehmung anderer religiöser und
480 weltanschaulicher Bekenntnisse verschont zu bleiben. Die Freiheit ein Kreuz,
481 Kopftuch oder eine Kippa zu tragen, zeichnet eine weltoffene Gesellschaft aus.
482 Staatliche Neutralität gebietet aber auch den Schutz der Mindestanforderungen
483 gesellschaftlichen Zusammenlebens. Dazu gehört die Erkennbarkeit des Gesichts für
484 Mitmenschen. Mimik ist für eine friedliche Kommunikation unter Menschen noch
485 deutlich wichtiger als Sprache. Die Vollverschleierung von Frauen werten wir als
486 ein Instrument zur Marginalisierung und Unterdrückung von Frauen. Die
487 Vollverschleierung grenzt ihre Trägerin aus und verhindert eine gleichberechtigte
488 Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Das gesetzliche Verbot der Vollverschleierung
489 halten wir daher sowohl in Kitas, Schulen und Hochschulen als auch im gesamten
490 öffentlichen Dienst für erforderlich.

491 Religionsfreiheit hat auch da ihre Grenzen, wo sie mit anderen verfassungsrechtlich
492 geschützten Gütern kollidiert. „Keine Religion steht über dem Grundgesetz“
493 bedeutet, dass Menschenwürde, Gleichberechtigung nach Art 3 GG, die Freiheitsrechte
494 sowie die freiheitlich-demokratische Grundordnung unantastbar sind. Wir treten
495 daher entschieden jeglichem religiösen Fundamentalismus entgegen, der diese
496 Grundwerte in Frage stellt. Unsere entsprechende Präventionsarbeit werden wir
497 intensivieren und Verstöße gegen unsere Gesetze konsequent verfolgen.

498 Salafismus und religiösem Fundamentalismus entgegentreten

499 Religionsfreiheit hat da ihre Grenzen, wo Hass und Gewalt gepredigt und unsere
 500 freiheitlich demokratische Ordnung angegriffen wird. Um religiösen Fundamentalismus
 501 zu bekämpfen, wollen wir die Präventionsarbeit des Landes unter anderem im Bereich
 502 Salafismus fortführen und noch wirksamer ausrichten.

503 Auf den Punkt

- 504 • Wir werden Integrationsangebote für alle ermöglichen,
- 505 • Den Familiennachzug stärken
- 506 • Ehrenamt professionell entlasten und dadurch stärken und Selbstorganisation
 507 von Migrant*innen stärken,
- 508 • für ein Einwanderungsgesetz streiten,
- 509 • Integrationsaufgaben in einem Ministerium zusammenziehen.

510 Demokratie / Wir wollen unsere Freiheit erhalten und eine
 511 bunte Gesellschaft entfalten. Sicherheit durch einen starken
 512 Rechtsstaat

513 Wir leben in einer Gesellschaft mit stabiler Sicherheits-Architektur, die für Ruhe
 514 und Geborgenheit der Menschen sorgen kann. Gleichzeitig beherrschen innen- und
 515 sicherheitspolitische Besorgnisse die Debatte durch Terroranschläge, Übergriffe auf
 516 Frauen oder organisierte Wohnungseinbrüche – oft in alarmistischer Tonlage. Viele
 517 Menschen sind dadurch tief verunsichert. Von konservativer bis rechtspopulistischer
 518 Seite wird diese Gefühlslage immer wieder verstärkt, in der offenkundigen Absicht,
 519 aus Angst politisches Kapital zu schlagen. Wir reklamieren in der
 520 Sicherheitsdebatte – mit offenem Blick für die Verunsicherung vieler Menschen – die
 521 Stimme der Vernunft. Als GRÜNE leisten wir heftigen Widerstand, wenn Sicherheit
 522 vorgegaukelt und unsere Freiheit in unverhältnismäßiger Weise eingeschränkt wird.

523 Kollidierender Änderungsantrag: [LTW 4.122: LTW-Programm - WELTOFFEN](#)

524 Wir leben in einer Gesellschaft mit stabiler Sicherheits-Architektur. Dennoch
 525 beherrschen Meldungen über terroristische Bedrohungen , Übergriffe auf Frauen oder
 526 organisierte Wohnungseinbrüche sicherheitspolitische Debatten – oft in
 527 alarmistischer Tonlage. Viele Menschen sind dadurch tief verunsichert. Von
 528 konservativer bis rechtspopulistischer Seite wird diese Gefühlslage immer wieder
 529 verstärkt, in der offenkundigen Absicht, aus Angst politisches Kapital zu schlagen.
 530 Wir GRÜNE nehmen sowohl die faktischen Bedrohungen, als auch die individuellen
 531 Sorgen sehr ernst, wenden uns aber entschieden gegen populistische Stimmungsmache
 532 oder gar Hetze. In Sicherheitsdebatten sind wir die Stimme der Vernunft und sorgen
 533 dafür, dass bestehende Defizite schnellstmöglich abgestellt werden. Wir leisten
 534 Widerstand, wenn Sicherheit nur vorgegaukelt und unsere Freiheit in
 535 unverhältnismäßiger Weise eingeschränkt wird.

536 Eine bürgernahe und handlungsfähige Polizei

537 Unsere offene Gesellschaft braucht eine sowohl personell als auch materiell gut
 538 ausgestattete Polizei – das ist Voraussetzung für unsere Sicherheit. Wir verstehen
 539 unsere Landespolizei als Bürger*innenpolizei, die vor Ort ansprechbar und in der
 540 Gesellschaft verankert ist. Wir wollen die durch Rücknahme der Stellenkürzungen

541 begonnene Stärkung der Polizei fortführen und setzen uns dafür ein, dass mehr
542 Polizeianwärter*innen ausgebildet werden. Wir brauchen eine bessere Kooperation auf
543 deutscher und europäischer Ebene. Wir wollen mehr Menschen mit
544 Migrationshintergrund für unsere Polizei werben. Schon in den vergangenen Jahren
545 haben wir die Haushalte darauf ausgerichtet. Eine Militarisierung der Innenpolitik,
546 zum Beispiel durch die Diskussion um Bundeswehreinätze im Innern, lehnen wir ab.
547 Stattdessen setzen wir weiterhin auf zielgerichtete Polizeiarbeit.

548 Kollidierender Änderungsantrag: [LTW 4.123: LTW-Programm - WELTOFFEN](#)

549 Unsere offene Gesellschaft braucht eine sowohl personell als auch materiell gut
550 ausgestattete Polizei – das ist Voraussetzung für unsere Sicherheit. Wir verstehen
551 unsere Landespolizei als Bürger*innenpolizei, die vor Ort ansprechbar und in der
552 Gesellschaft verankert ist. Wir wollen die durch Rücknahme der Stellenkürzungen
553 begonnene Stärkung der Polizei fortführen und setzen uns dafür ein, dass mehr
554 Polizeianwärter*innen ausgebildet werden. Unsere Polizei machen wir fit für die
555 Herausforderungen des digitalen Zeitalters. Wir wollen mehr Menschen mit
556 Migrationshintergrund für unsere Polizei werben. Schon in den vergangenen Jahren
557 haben wir die Haushalte darauf ausgerichtet. Eine Militarisierung der Innenpolitik,
558 zum Beispiel durch die Diskussion um Bundeswehreinätze im Innern, lehnen wir ab.
559 Stattdessen setzen wir weiterhin auf zielgerichtete Polizeiarbeit. Zudem brauchen
560 wir eine bessere Kooperation zwischen den Sicherheitsbehörden auf europäischer
561 Ebene nach klaren rechtsstaatlichen Kriterien.

562 Polizei und Strafverfolgungsbehörden fit machen für das digitale Zeitalter

563 Polizei und Strafverfolgungsbehörden wollen wir für das digitale Zeitalter voll
564 handlungsfähig machen. Sie brauchen das Rüstzeug, um geltendes Recht überall
565 zielgerichtet durchsetzen zu können – offline wie online. Die notwendige Bekämpfung
566 von „Hate Speech“, also strafbaren Meinungsäußerungen im Internet, ist hierfür nur
567 ein Beispiel. Geltendes Recht durchzusetzen, kann nur gelingen, wenn die
568 Strafverfolgungsbehörden personell wie technisch angemessen ausgestattet sind.
569 Genauso braucht die Polizei mehr spezielle Schulungsangebote, um besonders
570 schwierige Aufgaben noch besser bewältigen zu können. Anlasslose Massenüberwachung
571 erhöht die Sicherheit nicht, sie bindet dringend notwendige Kapazitäten und stellt
572 eine zusätzliche Gefahr für die informationelle Selbstbestimmung von 80 Millionen
573 Bürger*innen dar. Maßnahmen wie die Quellen-Telekommunikationsüberwachung und die
574 Online-Durchsuchung lehnen wir solange als unverhältnismäßige Eingriffe in die
575 informationelle Selbstbestimmung ab, bis ihre Verfassungskonformität nachgewiesen
576 ist.

577 Mit Kriminalprävention Straftaten vorbeugend verhindern

578 Sicherheitspolitik ist vielschichtig. Nicht allein Polizei, Geheimdienste und
579 Justiz können Garanten für Sicherheit sein. Kriminalität wird zunehmen, wenn in
580 einer Gesellschaft viele Menschen unter Armut leiden, durch fehlende Bildung kaum
581 Chancen haben aufzusteigen oder Minderheiten diskriminiert werden. Auch Kulturelle
582 Bildung im weitesten Sinne gehört zu einer wirksamen Prävention. Gelungene
583 Integration ist der beste Schutz vor Radikalisierung. Wir wollen die
584 kriminalpräventiven Projekte im Land ausbauen und neu aufstellen. Dazu gehören die
585 Förderung und Berücksichtigung von wissenschaftlichen Erkenntnissen, um
586 Zusammenhänge zwischen Sicherheit einerseits und Bildung, Armutsbekämpfung,
587 Integration und Städteplanung auf der anderen Seite zu untersuchen.

588 Kollidierender Änderungsantrag: [LTW 4.53: LTW-Programm - WELTOFFEN](#)

589 Sicherheitspolitik ist vielschichtig. Nicht allein Polizei, Geheimdienste und
 590 Justiz können Garanten für Sicherheit sein. Kriminalität wird zunehmen, wenn in
 591 einer Gesellschaft viele Menschen unter Armut leiden, durch fehlende Bildung kaum
 592 Chancen haben aufzusteigen oder Minderheiten diskriminiert werden. Auch kulturelle
 593 Bildung im weitesten Sinne gehört zu einer wirksamen Prävention. Gelingende
 594 Integration ist der beste Schutz vor Radikalisierung. Wir wollen die
 595 kriminalpräventiven Räte im Land ausbauen und die Prävention neu aufstellen. Dazu
 596 gehören Förderung und Berücksichtigung wissenschaftlicher Erkenntnisse, um
 597 Zusammenhänge zwischen Sicherheit einerseits und Bildung, Armutsbekämpfung,
 598 Integration und Städteplanung auf der anderen Seite zu untersuchen.

599 Unsere Grundrechte stärken

600 Terroristen zielen auch auf unser Zusammenleben in offenen, demokratischen
 601 Gesellschaften. Denjenigen, die das Ziel verfolgen, unsere Freiheitsrechte
 602 einzuschränken, gehen wir GRÜNE nicht auf den Leim: Statt fortwährender
 603 Einschränkung unserer Grundrechte pochen wir auf den Ausbau unserer
 604 Bürger*innenrechte.

605 Bestehende Sicherheitsgesetze sind regelmäßig auf ihre Effektivität und
 606 Verhältnismäßigkeit von unabhängiger Seite zu evaluieren. Neue Sicherheitsgesetze
 607 wollen wir mit einer zeitlichen Befristung belegen.

608 Instrumente, die unsere Freiheit unverhältnismäßig einschränken, lehnen wir ab.
 609 Dazu gehören die anlasslose Vorratsdatenspeicherung, die präventive
 610 Telekommunikationsüberwachung, die Schleierfahndung und die generelle Ausweitung
 611 der Videoüberwachung.

612 Alternativen Verfassungsschutz

613 Alternative 1

614 Den Verfassungsschutz demokratisieren - Parlamentarische Kontrolle verbessern

615 Die Aufarbeitung der NSU Terrorserie hat gezeigt, dass der Verfassungsschutz auf
 616 Bundesebene und in vielen Ländern versagt hat. Wir streben an, dass der
 617 Verfassungsschutz auf der Basis einer umfassenden Aufgabenkritik neu aufgestellt
 618 wird. Wir wollen die Arbeit des Verfassungsschutzes auf die Beobachtung von
 619 gewaltorientierten Gruppen, wie Rechtsextreme und Islamisten, konzentrieren. Der
 620 Verfassungsschutz hat auf die Nutzung geheimdienstlicher Mittel, wie beispielsweise
 621 den Einsatz von V-Menschen, zu verzichten. Geheimdienstliche Erkenntnisse dürfen
 622 weiterhin vertraulich bleiben, aber die Arbeitsgrundlagen, die konzeptionellen
 623 Ansätze und die Strukturen der Arbeit des Verfassungsschutzes müssen der
 624 Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Dem Parlament sind hingegen alle
 625 Informationen zugänglich zu machen.

626 Alternative 2

627 Den Verfassungsschutz umwandeln

628 Der Landesverfassungsschutz gehört auf den Prüfstand. Die Aufarbeitung der NSU
 629 Terrorserie hat gezeigt, dass der Verfassungsschutz auf Bundesebene und in vielen
 630 Ländern versagt hat. Die eigentliche Aufgabe des Verfassungsschutzes sollte die
 631 Analyse von demokratiefeindlichen Bestrebungen und Denkmustern in unserer

632 Gesellschaft sein. Wie viele Expert*innen fordern wir, den Verfassungsschutz in ein
 633 wissenschaftliches Institut umzuwandeln, das seine Erkenntnisse Parlament,
 634 Regierung und Öffentlichkeit transparent zur Verfügung stellt. Die Aufdeckung und
 635 Verfolgung demokratie- und staatsfeindlicher Kriminalität im Untergrund sollte dem
 636 polizeilichen Staatsschutz mit den dafür vorgesehenen Instrumenten der
 637 Strafprozessordnung und des Strafrechts vorbehalten sein.

638 Unabhängige und funktionsfähige Justiz

639 Unsere Gesellschaft braucht eine plurale, offene und den gesellschaftlichen
 640 Entwicklungen zugewandte Justiz. Wenn ihre Arbeitsfähigkeit durch zu geringe
 641 Personalausstattung leidet, schwindet das Vertrauen in unsere Demokratie. Um mehr
 642 Vertrauen in unsere Justiz zu erzielen, wollen wir die Unabhängigkeit der Justiz
 643 stärken. Dazu gehört die Einstellungs- und Beförderungspraxis für Richter*innen zu
 644 reformieren, moderne Feedbackformate für Richter*innen einzuführen und Supervision
 645 sowie eine regelmäßige Teilnahme an Fortbildungen verbindlich zu machen ohne die
 646 richterliche Unabhängigkeit anzutasten. Damit das Verständnis für Rechtsfragen in
 647 der Bevölkerung verankert ist, wollen wir die Justiz zu einer aktiveren
 648 Öffentlichkeitsarbeit ermutigen.

649 Kollidierender Änderungsantrag: [LTW 4.65: LTW-Programm - WELTOFFEN](#)

650 Unsere Gesellschaft braucht eine plurale, offene und den gesellschaftlichen
 651 Entwicklungen zugewandte Justiz. Eine leistungsfähige Justiz braucht eine gute
 652 personelle und technische Ausstattung. Um mehr Vertrauen in unsere Justiz zu
 653 erzielen, wollen wir die Unabhängigkeit der Justiz stärken. Dazu gehört die
 654 Einstellungs- und Beförderungspraxis für Richter*innen zu reformieren, moderne
 655 Feedbackformate für Richter*innen einzuführen und Supervision sowie eine
 656 regelmäßige Teilnahme an Fortbildungen verbindlich zu machen. Mittelfristig streben
 657 wir eine von der Regierung unabhängige, selbstverwaltete und demokratisch
 658 legitimierte Justiz an. Damit das Verständnis für Rechtsfragen in der Bevölkerung
 659 verankert ist, wollen wir die Justiz zu einer aktiveren Öffentlichkeitsarbeit
 660 ermutigen.

661 Resozialisierung statt Repression

662 Im Strafvollzug setzen wir auf Resozialisierung statt auf harte Strafen. Wir werden
 663 eine wissenschaftliche Untersuchung über die Zusammenhänge von Freiheitsstrafen,
 664 Ausgestaltung des Strafvollzugs und Rückfallgefährdung in Auftrag geben. Darüber
 665 hinaus ist das Zusammenspiel zwischen staatlichen und freien Trägern für die
 666 Resozialisierung mit einem Resozialisierungsgesetz zu stärken.

667 Kollidierender Änderungsantrag: [LTW 4.66: LTW-Programm - WELTOFFEN](#)

668 Im Strafvollzug setzen wir auf Resozialisierung. Eine gute Resozialisierung im
 669 Strafvollzug ist der beste Schutz, damit Täter*innen nach ihrer Entlassung nicht
 670 rückfällig werden. . Das Zusammenspiel zwischen staatlichen und freien Trägern für
 671 die Resozialisierung ist zu stärken.

672 Den Besitz von Cannabis entkriminalisieren

673 Die Drogenpolitik der Bundesregierung ist unverhältnismäßig und kontraproduktiv.
 674 Besitzer*innen von bereits wenigen Mengen Cannabis werden strafrechtlich verfolgt,
 675 während Drogen wie Alkohol und Tabak mit einem höheren Abhängigkeitspotenzial legal
 676 erstanden und beworben werden dürfen. Diese von Doppelmoral geprägte Drogenpolitik

677 wollen wir beenden und Anbau, Besitz und Konsum von geringen Mengen Cannabis
678 straffrei stellen.

679 Ziel Grüner Drogenpolitik ist ein verantwortungsbewusster Umgang mit Drogen.
680 Während andere weiterhin auf Verbots- und Bevormundungspolitik setzen, wollen wir
681 die Präventionsarbeit stärken und den Markt endlich staatlichen Regeln unterwerfen.

682

683 Entkriminalisierung weiterer Drogen

684

685 Es ist auch über Cannabis hinaus Zeit für eine realistische Drogenpolitik. Durch
686 die bedarfsdeckende Einrichtung und Betrieb von sogenannten Fixerstube zur
687 kontrollierten Abgabe illegaler Drogen wie Heroin und Kokain an volljährige,
688 drogenabhängige Menschen werden Beschaffungskriminalität, Drogenhandel und
689 Drogentote reduziert. Wir erwarten zudem einen Rückgang der durch die Prohibition
690 verursachten Kosten, die von unserer Gesellschaft getragen werden, etwa für die
691 Durchführung von Strafverfolgungen, Gerichtsverfahren und für den Strafvollzug.
692 Gleichzeitig hoffen wir auf die Reduzierung von Einstiegsangeboten, dem so
693 genannten „Anfixen“ durch Drogenhändler*innen, da die volljährigen,
694 drogenabhängigen Menschen nicht mehr dauerhaft als Kundinnen und Kunden eingeplant
695 werden können.

696 Kollidierender Änderungsantrag: [LTW 4.50: LTW-Programm - WELTOFFEN](#)

697 Ziel Grüner Drogenpolitik ist ein verantwortungsbewusster Umgang mit Drogen.
698 Während andere weiterhin auf Verbots- und Bevormundungspolitik setzen, wollen wir
699 die Präventionsarbeit stärken und den Markt endlich staatlichen Regeln unterwerfen.

700

701 Glücksspiel im Netz regulieren

702

703 Schleswig-Holstein muss im Verbund mit den anderen Ländern den
704 Glücksspielstaatsvertrag reformieren. Onlineglücksspiel findet momentan in einer
705 Grauzone statt. Wir wollen diesen Bereich regulieren und auch im Netz den
706 Spielerschutz sicherstellen.

707 Kollidierender Änderungsantrag: [LTW 4.57: LTW-Programm - WELTOFFEN](#)

708 Ziel Grüner Drogenpolitik ist ein verantwortungsbewusster Umgang mit Drogen.
709 Während andere weiterhin auf Verbots- und Bevormundungspolitik setzen, wollen wir
710 die Präventionsarbeit stärken und den Markt endlich staatlichen Regeln unterwerfen.

711 Drogenabhängige Menschen sollen staatlich reglementierten Zugang zu Drogen
712 erhalten. Analog zu den in Schleswig-Holstein durch den Generalstaatsanwalt
713 festgelegten Grenzwerte soll der Besitz von Kleinstmengen straffrei bleiben..

714 Bürger*innenbeteiligung verbindlich machen

715 Um das Vertrauen in die Demokratie zu stärken oder zurückzugewinnen und die
716 Legitimation politischer Entscheidungen zu erhöhen, sollen die Möglichkeiten zur
717 Mitbestimmung erweitert werden. Wir haben deshalb u.a. die Hürden für
718 Bürgerbeteiligung auf der Kommunalebene und bei Volksinitiativen gesenkt. Für
719 Bürgerbegehren und Bürgerentscheide ist der Anwendungsbereich vergrößert worden.
720 Das Wahlalter bei den Landtagswahlen ist auf Betreiben der GRÜNEN auf 16 Jahre
721 gesenkt. Darauf wollen wir aufbauen.

722 Bürger*innen sollen mehr Möglichkeiten erhalten, sich frühzeitig in die
723 Entscheidungen der Kommunen einzubringen, beispielsweise durch Zukunftsforen oder

724 Online-Beteiligungsverfahren. Wir wollen sicherstellen, dass die Bevölkerung vor
725 Ort bei Infrastrukturvorhaben frühzeitig beteiligt wird.

726 Gesetze verständlich machen

727 Gesetze und Verordnungen müssen so formuliert sein, dass alle sie verstehen.
728 Deshalb sollen einzelne Gesetze auch in einfacher Sprache erstellt werden und im
729 Internet abrufbar sein.

730 Für eine bürgernahe Verwaltung

731 Wir wollen interkulturelle Offenheit, Verständlichkeit, Transparenz, verlässlichen
732 Datenschutz und bürgernahes Auftreten als Leitbild für unsere Verwaltung
733 etablieren. Daher unterstützen wir es, wenn Fortbildungsprogramme für Verwaltungen
734 auch Elemente wie interkulturelle Kompetenz, Kommunikation und Fragen der
735 Konfliktbewältigung enthalten.

736 Es gilt, die Anzahl der Mitarbeiter*innen mit Migrationshintergrund in der
737 öffentlichen Verwaltung zu erhöhen und Angebote bereit zu stellen, die
738 gegenseitiges Kennenlernen fördern.

739 Datenschutz stärken

740 Wir GRÜNE verstehen Datenschutz als Grundvoraussetzung für eine freie Gesellschaft.
741 Mit einer freien Gesellschaft ist es nicht vereinbar, wenn Menschen selbst nicht
742 wissen, wer, wann und was über sie weiß. Datenschutz ist aber mehr als nur
743 Selbstbestimmung. Die Wahrung von Grundrechten im digitalen Leben darf nicht auf
744 den Einzelnen abgewälzt werden. Transparenz und klare Auskunft darüber, was mit
745 persönlichen Daten geschieht, sind wichtig. In einer digitalen Welt ist es aber
746 ebenso wichtig, dass wir uns darauf verlassen können, dass es klare Regeln und eine
747 wirksame Kontrolle gibt. Darum setzen wir GRÜNE uns für das Grundrecht auf
748 Datenschutz als Schutzauftrag des Staates ein. Menschen haben ein Recht darauf,
749 dass ihre Daten nicht gespeichert, verarbeitet und verknüpft werden. Es ist Aufgabe
750 des Staates dieses Menschenrecht zu schützen, indem er die Verarbeitung von
751 personenbezogenen Daten angemessen beschränkt, wirksam kontrolliert und effektiv
752 durchsetzt - sowohl vor staatlicher als auch vor kommerzieller Datenverarbeitung.

753

754 Um vertrauensvolle und sichere Kommunikation von Bürger*innen mit den
755 Landesinstitutionen zu ermöglichen, wollen wir verschlüsselte Kommunikation mit
756 Behörden zum Standard machen.

757 Die Verabschiedung der europäischen Datenschutzgrundverordnung war ein wichtiger
758 Meilenstein. Ihre Umsetzung entscheidet darüber, ob wir künftig einen besseren
759 Grundrechtsschutz in einer digitalen Welt durch höhere Datenschutzstandards
760 bekommen. Im Landesrecht werden wir hierfür die Weichen stellen. Das Unabhängige
761 Landeszentrum für Datenschutz (ULD) wollen wir stärken, um auch kommenden
762 Herausforderungen im Datenschutz gerecht zu werden.

763 Wir setzten uns dafür ein, dass der Staat so wenig über seine Bürger*innen weiß,
764 wie möglich, das heißt nur soviel und soweit es für seine Aufgabenerfüllung gerade
765 noch zwingend erforderlich ist. Es gilt daher auszuloten, wie eine Balance aus dem
766 Schutz der Menschen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und datennutzendem
767 Regierungshandeln (Data Driven Government) gelingen kann.

768 Wo es landesrechtlich möglich ist, wollen wir Hinweisgeber*innen (so genannte
769 Whistleblower*innen) zu Missständen in öffentlichen Einrichtungen besser schützen.

770 Kommunen zukunftsfähig aufstellen

771 Schleswig-Holstein hat mit mehr als 1000 Gemeinden in den Ämtern eine besonders
772 kleinteilige Struktur. In kleinen Gemeinden werden viele Aufgaben hervorragend
773 erfüllt. Das zeigt z.B. die Integration der Flüchtlinge. In Schleswig-Holstein haben
774 aber viele Gemeinden nicht die Größe, um die immer komplexeren
775 Selbstverwaltungsaufgaben zu lösen. Deshalb verlagern sie häufig Aufgaben auf das
776 Amt und auf Zweckverbände, um dort Entscheidungen treffen zu lassen. Mit den Ämtern
777 haben sich oft effiziente, dynamische und bürgernahe Verwaltungen heraus gebildet.
778 Die Amtsausschüsse sind aber nicht direkt gewählt. Ihnen fehlt damit die
779 demokratische Legitimation. GZahlreiche Verwaltungsgemeinschaften und Fusionen
780 zeigen, dass die kommunale Landschaft in Schleswig-Holstein in Bewegung ist: Viele
781 Gemeinden machen sich bereits auf den Weg, um in neuen Kommunalstrukturen ihre
782 Aufgaben erfüllen zu können. Darin wollen wir sie unterstützen. Unser Ziel ist es,
783 kommunale Strukturen zu ermöglichen, in denen die Kommunen ihre Aufgaben umfänglich
784 selbst wahrnehmen können.

785

786 Beim Vorschlagsrecht für die Ausschussvorsitze sollen die von den
787 Gemeindevertretungen gewählten Bürgermeister*innen zukünftig angerechnet werden.

788 Wir wollen die kommunalen Strukturen reformieren und verfolgen das Ziel, Ämter in
789 Amtsgemeinden umzuwandeln. Die Aufgabenzuteilung und Gestaltungskompetenz soll sich
790 dabei an Beispielen wie den Einheitsgemeinden in Niedersachsen orientieren.

791 Das Szenario: Ehemals amtsangehörige Gemeinden werden zu Orten, wo weiterhin
792 Ortsbeiräte und ehrenamtliche Ortsbürgermeister*innen gewählt werden können. In den
793 Amtsgemeinden werden Amtsgemeindevertretungen und hauptamtliche
794 Amtsbürgermeister*innen gewählt. Die Amtsausschüsse entfallen.

795

796 Um die Arbeit der ehrenamtlichen Gemeindevertreter*innen zu erleichtern, wollen wir
797 die Wahl von Vertreter*innen einführen, die bei Abwesenheit der
798 Gemeindevertreter*innen diese im Gemeinderat und im Ausschuss vertreten können.

799

800 Um die Findung von Kandidat*innen zu erleichtern, sollen künftig
801 Gemeindevertreter*innen, die ihr Mandat niederlegen, wieder auf die Liste ihrer
802 Partei oder Wählergemeinschaft kommen, so dass sie erneut nachrücken können, wenn
803 ein*e andere Gemeindevertreter*in ihr Mandat niederlegt.

804

805 Bei der Bürgermeisterwahl wollen wir die Präferenzwahl einführen, so dass sich ein
806 zweiter Wahlgang erübrigt.

807 Kollidierender Änderungsantrag: [LTW 4.7: LTW-Programm - WELTOFFEN](#)

808 Um dorthin zu kommen, wollen wir die Amtsausschüsse künftig direkt wählen und so zu
809 Amtsvertretungen weiterentwickeln. Anstelle der Amtsvorsteher*innen sollen
810 hauptamtlich Amtsbürgermeister*innen direkt gewählt werden.

811 Kollidierender Änderungsantrag: [LTW 4.128: LTW-Programm - WELTOFFEN](#)

812 Das Szenario: Ehemals amtsangehörige Gemeinden werden zu Orten, wo weiterhin
813 Ortsbeiräte und ehrenamtliche Ortsbürgermeister*innen gewählt werden können. In den

814 Amtsgemeinden werden Amtsgemeindevertretungen und hauptamtliche
 815 Amtsbürgermeister*innen gewählt. Die Amtsausschüsse entfallen.

816 Norddeutsche Kooperation weiter vertiefen

817 Die Zusammenarbeit Schleswig-Holsteins mit den norddeutschen Ländern, allen voran
 818 mit Hamburg, ist in den vergangenen Jahren vertieft worden. Auch parlamentarisch
 819 wurde mit dem Beschluss zur Einrichtung eines gemeinsamen Ausschusses von
 820 Schleswig-Holsteinischem Landtag und Hamburger Bürgerschaft eine engere Kooperation
 821 auf den Weg gebracht. Diesen Prozess begrüßen wir und begleiten ihn aktiv. So
 822 werden wir etwa auf eine gemeinsame Landes- und Verkehrsplanung und eine gemeinsame
 823 Schulentwicklungsplanung hinarbeiten. Nicht Abschottung, sondern die Entwicklung
 824 gemeinsamer Perspektiven stärkt den Norden. Die Unternehmen im Norden gehen mit
 825 großen Schritten voran.

826 Demokratie@Digital

827 Wir wollen alle Verwaltungsabläufe und den Bürgerservice im Rahmen einer
 828 Prozessoptimierung in der öffentlichen Verwaltung (E-Government-Strategie)
 829 digitalisieren und den Bedarf von Bürger*innen-Servicezentren für die Verwaltung
 830 prüfen. Ziel ist ein zentrales Internet-Portal, unabhängig davon, ob Bürger*innen
 831 von ihrer Kommunalverwaltung oder dem Land Auskunft suchen. Open Data (freie
 832 Verfügbar- und Nutzbarkeit von – meist öffentlichen – Daten) und eine offene
 833 Verwaltungskultur sind unverzichtbare Elemente in einer Teilhabegesellschaft.
 834 Deshalb werden wir die Veröffentlichung und kostenfreie Bereitstellung von
 835 Landesdatenbeständen und Geodaten im Rahmen des von uns novellierten
 836 Informationszugangs- und Transparenzgesetzes weiter vorantreiben.

837 Die Digitalisierung von Staat und Verwaltung erfordert den Einsatz von kompatiblen,
 838 offenen Formaten – möglichst landes-, bundes- oder sogar europaweit.

839

840 Klarheit und Wahrheit

841

842 Wir lehnen geheime inhaltliche Nebenabreden zu Koalitionsverträgen entschieden ab.
 843 Mit uns wird es keine inhaltlichen Nebenabreden geben, unser Grundprinzip lautet
 844 "Klarheit und Wahrheit".

845

846 Es bleibt unser Ziel, Politik transparent und nachvollziehbar zu gestalten. Daher
 847 werden wir zukünftig alle politischen Inhalte und die zwischen den Vertragspartnern
 848 vereinbarten Regularien in die jeweiligen Kooperationsverträge und deren ebenfalls
 849 öffentlichen Anhang aufnehmen. Davon ausgenommen werden dürfen nur Personalfragen.
 850 Vor Erteilung solcher Ausnahmen in Personalfragen ist zumindest unsere
 851 Landtagsfraktion zu beteiligen.

852 Auf den Punkt

- 853 • Wir werden unsere Polizei und Justiz personell und materiell stärken und fit
854 machen für das digitale Zeitalter
- 855 • uns weiterhin gegen Massenüberwachung und den Abbau von Freiheits- und
856 Grundrechten aussprechen
- 857 • einen Grundrechte-TÜV für Gesetze und die Schaffung eines
858 Grundrechtministeriums auf die Tagesordnung setzen,
- 859 • den Verfassungsschutz reformieren
- 860 • auf eine ganzheitliche Kriminalprävention drängen und die Resozialisierung im
861 Strafvollzug stärken,
- 862 • den Besitz von Cannabis entkriminalisieren,
- 863 • Bürger*innenbeteiligung ausbauen und kommunale Strukturen reformieren,
- 864 • kommunale Strukturen reformieren,
- 865 • Whistleblower*innen schützen und sichere Kommunikation ermöglichen,
- 866 • die länderübergreifende Planung mit Hamburg voranbringen.

867 Rassismus und Diskriminierung / Die Würde des Menschen ist
868 unantastbar, das ist uns Verpflichtung

869 Gewalttaten auf Geflüchtete und Menschen mit Migrationshintergrund, Brandanschläge
870 auf Asylbewerber*innenheime nehmen immer weiter zu. Es ist geboten, dass wir uns
871 noch mehr mit den Ursachen von Rassismus in unserer Gesellschaft auseinandersetzen.
872 Dabei ist die Präventionsarbeit zu stärken, antirassistische Bildungsarbeit zu
873 fördern und ausreichend Beratungszentren für Opfer rassistischer und
874 rechtsextremistischer Gewalt vorzuhalten. Wir wollen rassistischen Stammtischparolen
875 und rechter Gewalt entschieden entgegenzutreten, indem wir - ob nun im Internet, auf
876 offener Straße oder im Regierungsviertel -, uns immer klar gegen Rassismus und
877 Diskriminierung und Vielfalt und Toleranz aussprechen.

878 Antirassismus- und Antidiskriminierungsarbeit stärken

879 Wir setzen uns dafür ein, dass an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen aktive
880 Antirassismusarbeit geleistet wird. Aufklärungs- und Präventionsarbeit soll
881 verbessert, Schulmaterial auf rassistische Passagen überprüft werden.
882 Geschichtsunterricht soll unsere Schüler*innen auch über die deutsche
883 Kolonialgeschichte aufklären. Antirassistische Arbeit lebt durch eine engagierte
884 aktive Zivilgesellschaft. Wir GRÜNE bekennen uns zu antirassistischen Bündnissen
885 und unterstützen sie.

886 Wir fordern die Aufstockung des von uns geschaffenen Landesprogramms für
887 Demokratisierung und gegen Rechtsextremismus, beispielsweise durch ein weiteres
888 regionales Beratungszentrum in Neumünster. Wir werden Beratungsstellen für Opfer
889 rechter Angriffe stärker fördern und uns für ein flächendeckendes Angebot in
890 Schleswig-Holstein einsetzen.

891 Kollidierender Änderungsantrag: [LTW 4.48: LTW-Programm - WELTOFFEN](#)

892 Wir fordern die bedarfsgerechte Aufstockung des von uns geschaffenen
 893 Landesprogramms für Demokratieförderung und Rechtsextremismusbekämpfung in
 894 Schleswig-Holstein durch weitere Beratungszentren in Städten wie zum Beispiel
 895 Neumünster. Gerade an Orten, an denen es eine aktive rechtsextreme Szene gibt, muss
 896 es Beratungsstellen geben. Außerdem setzen wir uns für die finanzielle Aufstockung
 897 von staatlich unabhängigen Beratungsstellen und Initiativen, die sich bereits seit
 898 langer Zeit engagieren.

899 Wir sind die Queer-Lobby

900 Mehr als 40 Prozent der Menschen finden es abstoßend, so haben es Untersuchungen
 901 belegt, wenn sich Homosexuelle in der Öffentlichkeit küssen. Gewalttaten gegen
 902 Homosexuelle und Transgender nehmen zu, "schwul" ist nach wie vor ein beliebtes
 903 Schimpfwort: In größeren Teilen unserer Gesellschaft halten und bauen sich
 904 totgeglaubte Vorurteile und Diskriminierungen auf. Wir wollen der Ausgrenzung und
 905 Verunglimpfung von Lesben, Schwulen, Bi-, Inter- und Transsexuellen entschieden
 906 begegnen und das Konzept von Vielfalt und Toleranz dagegen setzen, das auf grünen
 907 Grundüberzeugungen basiert. Wir GRÜNE sind die Stimme für ein
 908 diskriminierungsfreies, buntes und tolerantes Schleswig Holstein.

909 Nachdem wir in dieser Wahlperiode auf grüne Initiative den Aktionsplan für sexuelle
 910 Vielfalt geschaffen haben, Projekte gefördert und Kürzungen bei LGBTIQ-Initiativen
 911 (lesbisch, schwul, bisexuell, transsexuell, intersexuell und queer) rückgängig
 912 gemacht wurden, wollen wir die Präventionsarbeit weiter ausbauen. Wir werden
 913 unseren Aktionsplan "Echte Vielfalt für Trans- und Intersexuelle Menschen"
 914 verstärkt öffnen und ihre besonderen Belange einbeziehen.

915 Junge Menschen beim Coming Out unterstützen

916 Junge Menschen brauchen mehr Unterstützung, um ihre sexuelle Identität ohne
 917 Diskriminierung entwickeln zu können. Wir werden das "Schlau Projekt", "Na sowas"
 918 und "HAKI" stärken. Sie sollen in die Lage versetzt werden,
 919 Schulaufklärungsprojekte im ganzen Land anzubieten. Lehrkräfte sind in Aus- und
 920 Fortbildung für den Umgang mit sexueller Vielfalt zu sensibilisieren.

921 Sei so, wie du bist – egal, wo du wohnst

922 Die Situation für LGBTIQ-Menschen ist bei uns regional unterschiedlich. Neben der
 923 Förderung von Projekten in Städten, werden wir Modelle für den ländlichen Raum
 924 entwickeln: Auch dort sollen entsprechende Beratungsangebote entstehen. Für das
 925 Hamburger Umland wollen wir einen gemeinsamen Aktionsplan mit der Stadt Hamburg
 926 entwickeln.

927 Ein Denkmal für die verfolgten Homosexuellen und Transsexuellen

928 In unserem Land sind bis 1994 homosexuelle Männer aufgrund ihrer Sexualität noch
 929 verfolgt worden. Ihnen ist Unrecht geschehen. Wir setzen uns im Bundesrat für ihre
 930 Entschädigung ein. Zur Erinnerung an die homosexuellen und transsexuellen Opfer des
 931 Nazi-Regimes in Schleswig-Holstein möchten wir ein Landesdenkmal errichten lassen
 932 und die historische Aufarbeitung fördern.

933 Queere Menschenrechte enden nicht an der Haustür

934 In vielen Staaten, mit denen Schleswig Holstein kooperiert, werden die Rechte von
 935 Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgender mit Füßen getreten. Wir dringen
 936 darauf, dass in den politischen und wirtschaftlichen Kooperationen mit Staaten wie
 937 Russland, China oder auch dem Baltikum die Lage von LGBTIQ thematisiert wird und
 938 Kooperationen mit Initiativen aus Schleswig-Holstein vereinbart werden.

939 Auf den Punkt

- 940 • Wir werden die Zivilgesellschaft im Kampf gegen Rassismus und die
 941 Antidiskriminierungsstelle stärken,
- 942 • ein Präventionszentrum gegen Rechtsextremismus in Neumünster einrichten und
 943 die bestehenden ausbauen,
- 944 • antirassistische Bildungsarbeit an öffentlichen Schulen verstärken und
 945 unterstützen,
- 946 • nichtstaatliche antirassistische Initiativen und Beratungsstellen
 947 unterstützen,
- 948 • den Aktionsplan für sexuelle Vielfalt ausweiten und für Trans- und
 949 Intersexuelle Menschen noch mehr öffnen,
- 950 • Bildungs- und Antidiskriminierungsprojekte zu sexueller und geschlechtlicher
 951 Vielfalt in den Schulen voranbringen,
- 952 • sexuelle und geschlechtliche Vielfalt in der Lehreraus- und Fortbildung
 953 verankern,
- 954 • ein Denkmal für homosexuelle Opfer des NS Regimes einrichten,
- 955 • LGBTIQ-Themen bei internationalen Kooperationen auf den Tisch bringen.

956 Kultur / Menschen über Kulturprojekte jenseits des Mainstreams
 957 zueinander bringen und Kreativität fördern

958 Unsere Gesellschaft erfährt durch die Kultur lebenswichtige Impulse. GRÜNE
 959 Kulturpolitik fördert – neben der etablierten Kultur (Landestheater, Orchester,
 960 große Museen) – die Kultur jenseits des etablierten Betriebs und verbürgter
 961 Wertschätzungen. Dafür schaffen wir Freiräume und wollen Menschen über
 962 Kulturprojekte miteinander verbinden. Diese Kulturpolitik nach dem Konzept
 963 „Kulturperspektiven Schleswig-Holstein“ werden wir fortsetzen und weiterentwickeln.

964 Nachhaltige und innovative kulturelle Infrastruktur schaffen
 965 GRÜNE Kulturpolitik ist nachhaltig. Sie beruht auf dem Grundverständnis, nicht nur
 966 in Kategorien wie Projektförderung zu denken, sondern Kultur als sinnvollen und
 967 elementaren Teil des Alltags zu begreifen und für Menschen heutiger und künftiger
 968 Generationen zugänglich zu machen. Erst das Erlernen und die Weitergabe von
 969 Kulturtechniken ermöglicht kulturelle Teilhabe. Auf kultureller Teilhabe beruhen
 970 Begegnungen jenseits etablierter Milieus und die Fähigkeit zur kreativen und
 971 innovativen Mitgestaltung unserer Lebenswelt.

973 Wir erkennen in der Verbindung von Kultur- und Sozialpolitik einen Schwerpunkt für
974 ein nachhaltiges und zukunftsorientiertes Handeln. Hierbei streben wir ein
975 flächendeckendes und ortsbezogenes Handeln an, welches sich an den europäisch
976 humanistischen Grundpositionen orientiert, ohne die örtlichen Gegebenheiten und
977 Notwendigkeiten zu ignorieren. Gerade in den ländlichen Gemeinden und mittleren
978 Städten wollen wir dem immer weiter fortschreitenden Ausbluten von kulturellen und
979 sozialen Angeboten entgegenstehen und den Dialog mit den Bürger*innen vor Ort
980 dauerhaft suchen.

981 Kulturelle Vielfalt fördern

982 Wir fördern den interkulturellen Dialog zugunsten einer vielfältigen kulturellen
983 Landschaft. Projekte, die diesem Grundsatz folgen, werden wir zukünftig stärker in
984 der Kulturförderung berücksichtigen. Beiräte und Jurys sollen alle
985 gesellschaftlichen Gruppen, insbesondere auch Migrant*innen und Neuzugewanderte
986 abbilden..

987 Freiräume schaffen

988 Es gilt, neue Kulturräume zu entwickeln und Kreativität zu fördern. Wir setzen uns
989 deshalb für Produktions- und Proberäume für Musiker*innen ein, für freies Theater
990 und Tanz sowie für Räume, in denen zeitweise Produktionsbüros für junge
991 Filmemacher*innen eingerichtet werden können. Günstige Atelierräume sind vermehrt
992 bereit zu stellen sowie Orte für temporäre Ausstellungen (In- und Outdoor) und zur
993 Kommunikation.

994 Denkmalschutz weiterentwickeln

995 Wir GRÜNE stehen für einen verbesserten Denkmalschutz. Das novellierte
996 Denkmalschutzgesetz bietet einen guten Ausgleich zwischen dem Anspruch der
997 Gesellschaft, historische Bausubstanz zu erhalten und den Interessen der
998 Eigentümer*innen. Besonderen Wert legen wir darauf, dass die Belange der
999 Energiewende und der Inklusion angemessen berücksichtigt werden und jeder
1000 Einzelfall sorgfältig abgewogen wird. Kompromisse sind im Denkmalschutz
1001 unerlässlich, vor allem wenn Fragen energetischer Sanierung, Ausbau der Windkraft
1002 und Barrierefreiheit zu berücksichtigen sind. Denkmalschutz bedeutet nicht nur zu
1003 erhalten, was breite Zustimmung findet. Gerade unbequeme Denkmale sind ein
1004 Spiegelbild ihrer Zeit.

1005 Zeugnisse des nationalsozialistischen Unrechtsystems lebendig halten

1006 Gerade angesichts zunehmender nationalistischer und rassistischer Tendenzen in
1007 unserer Gesellschaft kommt den Gedenkstätten im Land eine aufklärerische
1008 Bildungsfunktion zu. Sie stehen für eine lebendige Erinnerungskultur, die sich
1009 dadurch auszeichnet, dass sie eine Brücke zur Gegenwart schlägt und so engagierte
1010 gesellschaftliche Auseinandersetzung fördert.
1011 Historisches außerschulisches Lernen für alle Alters- und Bevölkerungsgruppen zu
1012 ermöglichen erfordert die Entwicklung und Umsetzung besonderer methodisch-
1013 didaktischer Konzepte, um Geschichte vor Ort erfahrbar und fühlbar zu machen. Nur
1014 so kann Erinnerungsarbeit in Demokratieförderung münden. Dabei kommt der
1015 Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten, der Landesarbeitsgemeinschaft
1016 Gedenkstätten und Erinnerungsorte in Schleswig-Holstein e.V. (LAGSH) und der
1017 jährlich stattfindenden Landesgedenkstättentagung eine besondere Bedeutung zu.
1018 Wir setzen uns für den Erhalt, die Sicherung und die weitere Entwicklung der
1019 Gedenkstätten ein. Sie müssen finanziell so ausgestattet werden, nicht zuletzt

1020 personell und professionell, dass sie in zeitgemäßen Angeboten ihrer mahnenden
1021 Funktion gerecht werden können. Die Weiterentwicklung und Umsetzung des
1022 Landesgedenkstättenkonzeptes unterstützen wir ausdrücklich.

1023 Kulturelle Bildung fördern

1024 Die kulturelle Bildung bei jungen Menschen ist zu stärken. Dazu wollen wir allen
1025 Kindern in ihrer Schulzeit vielfältige Begegnungen mit der Kultur ermöglichen. Wir
1026 unterstützen Kooperationen von Schulen, Theatern, Museen, Musikschulen, freien
1027 Anbietern, LAG Soziokultur und Künstler*innen.

1028 Filmförderung als Aushängeschild

1029 Unsere gemeinsame Filmförderung mit dem Nachbarland Hamburg hat sich bewährt. Es
1030 werden spannende Filmprojekte unterstützt und durch die Produktionen weltweit
1031 Werbung für Schleswig-Holstein gemacht. Diesen Weg werden wir weiter gehen.

1032 Um schleswig-holsteinische Produktionen zu fördern, soll in unseren Kinos vor dem
1033 Hauptfilm jeweils ein Kurzfilm aus Schleswig-Holstein gezeigt werden.

1034 Kultur@Digital

1035 Durch die Digitalisierung verändert sich unsere Kultur, neue Chancen eröffnen sich.
1036 Wir werden digitale Methoden im Sinne der sozialen Teilhabe bei der Vermittlung
1037 kultureller Angebote sowie als Gestaltungsmittel für alle Künste fördern.

1038 Weiterhin setzen wir auf eine Modernisierung des Urheberrechts, die vor allen
1039 anderen den Kreativen zu Gute kommt, neue Nutzungsformen kultureller Werke erlaubt
1040 und das Ziel eines fairen Interessensausgleichs zwischen den beteiligten Akteuren
1041 verfolgt. Die Verbreitung von Creative Commons Lizenzen (eine einfache Weise,
1042 Nutzungsrechte für urheberrechtsgeschützte Werke zu ermöglichen) unterstützen wir.
1043 Auch Werke, wie Fotos und Texte, die im Auftrag des Landes erstellt wurden, sind
1044 unter Creative-Commons-Lizenz zur Verfügung zu stellen.

1045 Wir brauchen eine Digitalisierung der Archive und eine Archivierung des Digitalen.
1046 Hierfür wollen wir den Landesarchiven die nötigen Ressourcen Schritt für Schritt
1047 bereitstellen.

1048 Der Kulturbegriff wandelt sich. Es gilt, die Möglichkeit zu schaffen, Fördermittel
1049 auch für die Entwicklung von Videospiele einzusetzen.

1050 _

1051 Professionell organisierte eSports-Turniere (Videospiele) sollen unter die
1052 staatliche Sportförderung fallen.

1053 Auf den Punkt

- 1054 • Wir werden den kulturellen Dialog mit Migrant*innen fördern und ihre Teilhabe
1055 sichern,
- 1056 • Freiräume für Kulturarbeit schaffen,
- 1057 • kulturelle Bildung in Kooperation zwischen Schulen und Künstler*innen
1058 voranbringen,
- 1059 • Filmförderung stärken,
- 1060 • uns für eine Modernisierung des Urheberrechts einsetzen und Kultur durch
1061 Creative Commons-Lizenzen verbreiten.

1062 Medien / Die Vielfalt und Unabhängigkeit unserer
1063 Medienlandschaft erhalten – das dient der Meinungsfreiheit und
1064 der Demokratie

1065 Eine unabhängige und vielfältige Medienlandschaft, bestehend aus Zeitung,
1066 Fernsehen, Radio und Internet, ist heute wichtiger denn je und Grundvoraussetzung
1067 für eine lebendige Demokratie. Medien sichern Meinungsvielfalt, erklären
1068 komplizierte Sachverhalte und decken oftmals durch Recherchen gesellschaftliche
1069 Missstände auf. Dies gilt für den starken öffentlichen Rundfunk wie für die
1070 privaten Sender. Wir werden unsere unabhängige und facettenreiche Medienlandschaft
1071 sichern.

1072 Der Zugang zu Medien für alle ist ein Grundrecht. Unsere Medien stehen unter Druck:
1073 durch Zusammenlegung von Zeitungen, aufgrund von Stellenstreichungen, nicht zuletzt
1074 wegen der zumeist anti-demokratischen Stimmungsmache. Die zunehmende
1075 Kommerzialisierung und Konzentration im Journalismus sehen wir GRÜNE kritisch.

1076 Für die Untermauerung der politischen Diskussion über die Zukunft unserer
1077 Medienlandschaft soll die Landesregierung einen Bericht zur Situation der
1078 Medienlandschaft in Schleswig-Holstein erstellen.

1079 Medienpolitik muss im Zeitalter der Digitalisierung neue Wege wagen: Vor allem
1080 junge Menschen nutzen viel häufiger Angebote im Internet als in gedruckter Form
1081 oder am Fernseher. Dieser Entwicklung müssen sich alle Beteiligten stellen. Auch im
1082 Internet gelten Meinungsvielfalt und Minderheitenschutz beim Informationstransfer.
1083 Die Rundfunk- und Medienstaatsverträge müssen hierauf Antworten geben.

1084 Journalistische Qualität fördern – analog wie digital

1085 Die Situation der Printmedien hat sich in den vergangenen Jahren erheblich
1086 verschlechtert: Sinkende Auflagen, erhöhter Konkurrenzdruck durch Online-Medien,
1087 schrumpfende Einnahmen und wachsende Anforderungen bei schlechteren Verträgen für
1088 Journalist*innen sind eine Gefahr für die Qualität der Berichterstattung. Das hat
1089 Auswirkungen auf die Arbeitssituation der Journalist*innen wie auch auf die
1090 Meinungsvielfalt in unserem Land.

1091 Wir werden Modelle entwickeln, die qualitativ gute lokale und regionale
1092 Berichterstattung erhalten. Beispielhaft dafür sind Stiftungsmodelle oder die

1093 Förderung von neuen Formen des Journalismus, wie beispielsweise von
1094 Kleinstverlagen.

1095 Wir GRÜNE begrüßen, dass durch den Onlinebereich zahlreiche weitere Möglichkeiten
1096 für einen neuen Bürger*innen-Journalismus und zur unabhängigen Information
1097 hinzugekommen sind. Gleichzeitig wächst hierdurch auch die Notwendigkeit einer mit
1098 dieser Entwicklung schritthaltenden Vermittlung von Medienkompetenz.

1099 Medienkompetenz neu aufstellen

1100 Die Medienkompetenzstrategie des Landes wird neu aufgestellt. Bis zum Jahr 2025
1101 soll für alle Schleswig-Holsteiner*innen der selbstbestimmte und souveräne Umgang
1102 mit digitalen Medien so selbstverständlich sein wie heute das Telefonieren oder das
1103 Öffnen von Briefen. In der digitalen Gesellschaft ist Medienkompetenz eine
1104 Schlüsselqualifikation. Wichtig ist es, Informationen nicht nur zu finden, sondern
1105 sie auch einordnen zu können. Ziel muss es sein, alle Menschen in Schleswig-
1106 Holstein mit alters- und bedarfsgerechten Angeboten zu erreichen. Wir setzen dazu
1107 auf bestehende Institutionen, wie zum Beispiel den Offenen Kanal, das IQSH
1108 (Institut für Qualitätssicherung SH), auf unsere Hochschulen, die
1109 Verbraucherzentrale, aber auch die Einbeziehung all derjenigen, die sich in diesen
1110 Prozess einbringen wollen.

1111 Zusätzlich werden wir einen Fortbildungscampus online stellen, auf dem alle
1112 Angebote des Landes zu Themen der Digitalisierung gebündelt sind und weitere
1113 Vernetzungs- und Kontaktmöglichkeiten entstehen,

1114 Wir begrüßen es, wenn Bürger*innen selbst Fernseh-, Hörfunk- und Internetangebote
1115 gestalten und sich direkt am Meinungsbildungsprozess beteiligen. Vor allem der
1116 Offene Kanal in Schleswig-Holstein trägt hierzu bei: Seine Funktion als Forum für
1117 Bürger*innen sowie als Lokalradio und Lokalfernsehen ist wichtig. Die Aus- und
1118 Fortbildungsaktivitäten des Offenen Kanals geben ein Vorbild.

1119 Rundfunkangebote zukunftsfähig machen

1120 Durch das Internet ist der Zugang zu den Angeboten der Rundfunkanstalten schon
1121 jetzt flexibel. Die Pflicht, öffentlich-rechtliche Angebote nach kurzer Zeit wieder
1122 aus dem Online-Angebot zu löschen, führt dies jedoch ad absurdum. Wir wollen, dass
1123 das Sieben-Tage-Limit für öffentlich-rechtliche Angebote im Netz abgeschafft wird.
1124 Wir setzen uns dafür ein, dass auch beim Offenen Kanal alle Sendungen online
1125 abzurufen sind.

1126 Bei einer Novellierung des NDR-Staatsvertrages wollen wir uns dafür einsetzen, dass
1127 der NDR noch transparenter wird. NDR-Gremien sollen wie der Rundfunkrat öffentlich
1128 tagen, im Rundfunkrat auch Zuschauervertreter*innen sitzen. Den Einfluss der
1129 Politik auf die Räte sehen wir kritisch.

1130 Wir setzen uns dafür ein, dass der NDR mehr Sendungen in unseren Regional- und
1131 Minderheitensprachen ausstrahlt.

1132 Auf den Punkt

- 1133 • Wir werden einen Bericht zur Situation der Medienlandschaft in Schleswig-
1134 Holstein erarbeiten,
- 1135 • neue Formen des Journalismus zur Sicherung der Meinungsvielfalt unterstützen,
- 1136 • ein neues Medienkompetenzkonzept für Schleswig-Holstein vorlegen und Projekte
1137 zur Vermittlung von Medienkompetenz ausbauen,
- 1138 • den Offenen Kanal stärken,
- 1139 • dafür eintreten, dass die Nutzungsdauer von Angeboten in den Mediatheken
1140 ausgeweitet wird.

 1141 Netzpolitik / Die Vorteile der Digitalisierung nutzen und
 1142 Herausforderungen annehmen

1143 Digitalisierung verändert alle Lebensbereiche, von der Bildung, über die Mobilität,
 1144 der Arbeitswelt, der Landwirtschaft bis zur Art, wie wir miteinander ins Gespräch
 1145 kommen. Wir GRÜNE denken Netzpolitik ganzheitlich und haben daher in allen Kapiteln
 1146 unseres Landtagwahlprogramms ein Unterkapitel "Digitalisierung" hinzugefügt, in dem
 1147 wir die jeweiligen fachpolitischen Herausforderungen und unsere Antworten hierauf
 1148 skizzieren. Unsere netzpolitische Bilanz der vergangenen Legislatur kann sich sehen
 1149 lassen. Hierauf wollen wir aufbauen. Den digitalen Wandel unserer Gesellschaft
 1150 werden wir auch weiterhin intensiv begleiten und netzpolitische Kompetenzen
 1151 bündeln. Die digitale Agenda des Landes wollen wir mit allen Interessierten
 1152 weiterentwickeln. Sie ist eine gute Grundlage. Darüber hinaus gibt es übergreifende
 1153 netzpolitische Themen, die wir als GRÜNE ebenfalls weiter voranbringen wollen.

1154 Digitalisierung in der Landesregierung

1155 Aufbauend auf der digitalen Agenda des Landes werden wir ein stufenweises
 1156 Umsetzungskonzept erarbeiten, damit die Menschen in Schleswig-Holstein von der
 1157 Digitalisierung profitieren und Risiken minimiert werden. Das Thema Digitalisierung
 1158 ist in der Landesregierung noch nicht ausreichend verankert, hier wollen wir
 1159 nachbessern. Digitalisierung muss als Querschnittsaufgabe der Landesregierung
 1160 wahrgenommen und politisch aufgewertet werden. Gleichzeitig wollen wir die
 1161 Koordinierung digitalpolitischer Themen verbessern und klare Verantwortlichkeiten
 1162 schaffen.

1163 Open Data

1164 Wir wollen schrittweise sämtliche technischen Daten, die das Land erhebt, allen
 1165 Bürger*innen kostenlos, maschinenlesbar und in offenen Standards zugänglich machen.
 1166 So erhöhen wir Transparenz und Nachvollziehbarkeit politischen Handels und
 1167 ermöglichen wirtschaftliche Innovation, gerade für Start-ups. Dazu gehören unter
 1168 anderem Geodaten, Umweltdaten und Verkehrsdaten. Für die Aufbereitung werden wir
 1169 den Umwelt- und Landwirtschaftsatlas <http://www.umweltdaten.landsh.de/atlas> und den
 1170 Digitalen Atlas Nord <http://www.digitaleratlasnord.de/> sukzessive ausbauen. Gleich
 1171 zu Beginn der nächsten Legislaturperiode werden wir eine Open-Data-Strategie
 1172 vorlegen, die konkrete Umsetzungen der Datenveröffentlichung beschreibt.

1173

1174 Freie und quelloffene Software (FOSS) fördern

1175

1176 Wir setzen uns für einen verstärkten Einsatz von freier und quelloffener Software

1177 (Open-Source) ein. Sie bietet vielfältige Vorteile: Sie erhöht die Sicherheit,

1178 senkt Kosten, erleichtert den Wissenstransfer und dient durch eine stetige

1179 Weiterentwicklung durch die Nutzer*innen dem Gemeinwohl. Bei öffentlichen

1180 Beschaffungsmaßnahmen kann die Anschaffung von Open-Source-Software statt

1181 lizenzpflichtiger Produkte zu Einsparungen führen. Software, die eigens für

1182 öffentliche Einrichtungen entwickelt wird, soll grundsätzlich als Open-Source

1183 veröffentlicht werden.

1184

1185 Der verstärkte Einsatz von freier und quelloffener Software ist gerade im

1186 schulischen und wissenschaftlichen Bereich wichtig. Wir wollen weg von Systemen,

1187 die nicht frei und quelloffen sind, deshalb setzen wir uns für einen verstärkten

1188 Einsatz von freier und quelloffener Software an (Hoch-)Schulen, in öffentlichen

1189 Institutionen und der Verwaltung ein.

1190 Netzneutralität erhalten

1191 Die Gleichbehandlung aller Daten im Internet ist Voraussetzung für wirtschaftliche

1192 und demokratische Chancengleichheit im Netz. In einem modernen Glasfasernetz sind

1193 genügend Kapazitäten vorhanden, um allen Nutzer*innen einen

1194 Hochgeschwindigkeitszugang zu ermöglichen. Wir werden uns auch weiterhin auf allen

1195 politischen Ebenen für die effektive Sicherung der Netzneutralität und gegen ein

1196 „Zwei-Klassen-Internet“ einsetzen, in dem die Daten von Nutzer*innen priorisiert

1197 werden, die mehr bezahlen können.

1198 Daten- und Verbraucher*innenschutz stärken

1199 Bei allen neuen Chancen, die uns das Internet zweifellos bietet, bringt es auch

1200 neue Herausforderungen mit sich – vor allem für Menschen, die nicht mit dem Netz

1201 aufgewachsen sind. Genauso aber für Verbraucher*innen. Wir können die digitalen

1202 Potentiale nur dann voll ausschöpfen, wenn demokratische Grundpfeiler als Chancen

1203 und nicht als Hindernisse verstanden werden. Das Recht auf digitale

1204 Selbstbestimmung, ein innovativer Daten- und Verbraucherschutz, eine effektive IT-

1205 Sicherheit und die Gleichbehandlung informierter Nutzerinnen und Nutzer stehen für

1206 uns im Mittelpunkt unserer Bemühungen für eine lebenswerte digitale Zukunft.

1207 Gemeinsam mit vielen Verbündeten streiten wir für Innovation, Vertrauen und

1208 Sicherheit im Netz. Hierzu gehört auch die Transparenz von Angeboten, übergroßer

1209 Marktmacht durch Regulierung zu begegnen, einen innovativen Datenschutz von

1210 vornherein mitzudenken und IT-Sicherheit ganzheitlich anzugehen, beispielsweise,

1211 indem wir durchgehenden Ende-zu-Ende-Verschlüsselungen zum Standard machen.

1212 Störerhaftung abschaffen – Freifunk unterstützen

1213 Die sogenannte Störerhaftung bringt eine erhebliche Rechtsunsicherheit mit sich.

1214 Gerade in einem Land wie Schleswig-Holstein, dessen wirtschaftliche Perspektiven in

1215 Tourismus und Digitalisierung von einer hohen Verfügbarkeit öffentlicher WLAN-Netze

1216 abhängt, besteht ein großes Interesse daran, diese politische Fußfessel endlich

1217 loszuwerden. Auf Bundesebene werden wir uns weiterhin für eine schnellstmögliche

1218 Abschaffung der Störerhaftung einsetzen, damit mehr Menschen ihr Netz für Dritte

1219 öffnen. Hiervon profitieren nicht nur Nachbar*innen, sondern auch Flüchtlinge und

1220 die Wirtschaft. Die Freifunkbewegung unterstützen wir auch weiterhin und setzen uns

1221 dafür ein, dass Freifunkvereine als gemeinnützig anerkannt werden.

1222 Smart Cities und Smart Regions

1223 Digitalisierung bietet auch Kommunen Chancen, ihre Aufgaben besser zu bewältigen.

1224 Hierzu zählen vernetzte Mobilität, Daseinsvorsorge und Bildung. Wir wollen Konzepte

1225 für die ländlichen und die städtischen Regionen entwickeln, damit diese von der

1226 Digitalisierung profitieren können und suchen den Schulterschluss mit den Kommunen.

1227 Auf den Punkt

1228 • Wir werden die Digitale Agenda weiterentwickeln und gemeinsam in einem
1229 partizipativen Prozess ausdifferenzieren,

1230 • für Netzneutralität sowie hohe Datenschutz- und Verbraucherstandards kämpfen

1231 • mit offenen Daten Demokratie und Wirtschaft in Schwung bringen,

1232 • die Störerhaftung abschaffen, Freifunk und freie und offene Software fördern

1233 • das Thema Digitalisierung stärker in der Landesregierung verankern.